Die Linke
Stadtverband Leipzig

Materialien

für die 2. Tagung
des 9. Stadtparteitages

Heft 2

- Thesen -
- Kandidaturen -
- Änderungsanträge -
- Awareness Konzept -

am 6. September 2025
im Felsenkeller Leipzig
Karl-Heine-Straße 32

Inhaltsverzeichnis

2 Inhalt und Impressum
3 Thesen: Wie können wir die Verhältnisse auf links drehen?
4 Kandidaturen für den Stadtvorstand
7 Änderungsanträge
7 ÄA GO - Ergänzung der Geschäftsordnung zur Sicherung von Instrumenten im Rahmen der Awareness-Arbeit
8 ÄA1.1 NEU - Unserem strategischen Auftrag gerecht werden - Einsatz für den Aufbau eines koordinierten und professionellen Social-Media-Auftritts der Linken Leipzig
12 ÄA1.2 – Präsenz in Fediverse / Bluesky
13 ÄA2.1 NEU - Die erste Ansprache zählt! – Postalisches Starterpaket zur stadtverbandsweiten Akquise von Neumitgliedern
14 ÄA2.2 - Die erste Ansprache zählt!
15 ÄA3.1 - Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren
18 ÄA3.2 - Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren
20 ÄA3.3 - Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren
21 ÄA5.1 - Für einen gerechten Frieden in Palästina
22 ÄA5.2 - Für einen gerechten Frieden in Palästina
22 ÄA5.3 - Für einen gerechten Frieden in Palästina
23 ÄA5.4 - Für einen gerechten Frieden in Palästina
24 ÄA5.5 - Für einen gerechten Frieden in Palästina
25 ÄA5.6 - Für einen gerechten Frieden in Palästina
26 Awareness-Konzept für den Stadtparteitag

Materialienheft 2

zur 2. Tagung des 9. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 6. September 2025

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 01.09.2025

Thesen für die Debatte

Wie können wir die Verhältnisse auf links drehen?

1. Der Rechtsruck ist Teil der gewaltvollen Verhältnisse

Rechtsruck bzw. Faschisierung lassen sich nicht auf den Aufstieg rechtsextremer Bewegungen/Parteien reduzieren, die »Demokratie« und »Rechtsstaat« vom Rand her gefährden. Deren Diskurse bauen auf den bestehenden Herrschaftsverhältnissen und dem Gewaltapparat des Rechtsstaats auf. Zentrale Treiber von Rechtsruck bzw. Faschisierung sind etablierte gesellschaftliche Akteure wie CDU/CSU, Arbeitgeberverbände und konservative Wissenschaftler, die immer unmenschlichere Politik mehrheitsfähig machen.

2. Der Nährboden heißt Neoliberalismus

Die jahrzehntelange Kürzungspolitik, gezielte Angriffen auf den Sozialstaat und fehlende Investitionen in eine öffentliche Daseinsvorsorge bereiten den sozialen Nährboden von Rechtsruck bzw. Faschisierung. Wenn Menschen ihre Arbeit verlieren, Familien sich ihr zu Hause nicht mehr leisten können und immer breitere Teile der Gesellschaft in die Prekarität rutschen, steigt die Empfänglichkeit für die Narrative der Rechten. Insbesondere in Ostdeutschland fußt die zunehmende rechte Hegemonie auf den Verlust- und Ausgrenzungserfahrung der Bevölkerung, auf dem Frust der leeren Versprechen und dem Gefühl der eigenen Ohnmacht.

3. Wir organisieren die Hoffnung

Um die Verhältnisse auf links zu drehen, muss Die Linke dies anerkennen und eine organisierende Klassenpartei werden, die die vielfältige Mehrheit der Menschen anspricht und aktiv an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt. Unsere zentrale Aufgabe sollte sein, sich in der Arbeiter*innenklasse zu verwurzeln, um die Durchsetzungskraft von uns allen gegen „die da oben“ zu erhöhen.

4. Antifaschismus muss praktisch sein

Unser Antifaschismus darf sich nicht in moralischen Appellen an Haltung und demokratischen Werten erschöpfen, sondern muss als dauerhaftes politisches Projekt im Alltag mit und auch von den Menschen selbst organisiert werden – verankert in Vierteln, Betrieben, Universitäten, Schulen, Vereinen und in den Nachbarschaften.

5. Antifaschismus bedeutet nicht nur Abwehr, sondern auch Aufbau

Wir müssen Inseln des Widerstands und Räume zum Aufbau konkreter Alternativen in Form von solidarischen, demokratischen und widerstandsfähigen Räumen und Infrastrukturen schaffen. Wir sehen uns dabei als Teil einer aktiven und bunten Zivilgesellschaft.

Kandidaturen für den Stadtvorstand

Franz Beensen

Liebe Genoss:innen,
nach mehreren Jahren als aktivem Parteimitglied kandidiere ich für den Stadtvorstand.

Zu meiner Person: Geboren 1995 in Jena. 2014 kam ich zum Studium nach Sachsen; zunächst war ich vier Jahre in Dresden, seit 2018 lebe ich in Leipzig. Ich habe einen Bachelor- und einen Masterabschluss in Politikwissenschaften. Gegenwärtig promoviere ich und untersuche die politische Ökonomie der Arbeitsmigration. Neben dem Studium habe ich viel gearbeitet, vor allem als Hilfskraft in diversen Forschungsprojekten. Derzeit habe ich ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung und eine kleine Stelle in einem Projekt zur Transformation der Autoindustrie. Außerhalb der Partei bin in der GEW Sachsen im Sprecherteam der Studierenden und im Bereichsvorstand Hochschule und Forschung, sowie im DGB aktiv und Mitglied in verschiedenen Vereinen.

Zu meiner Motivation: Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt; dennoch geht es vielen Menschen sehr schlecht. Unsere Partei hat gute Konzepte und Ideen, die das Leben vieler Menschen verbessern würden. Leider trauen uns viele Wähler:innen die Umsetzung nicht zu. Ich setze mich dafür ein, dass sich die Partei in Leipzig als Kraft zeigt, die einerseits progressive Systemkritik formuliert und andererseits bei konkreten Alltagssorgen hilft – und so Vertrauen stärkt. Ich glaube nicht, dass es hilft, jedem Trend hinterherzurennen, um kurzfristige Mobilisierungserfolge zu erzielen. Wir sollten langfristig denken und strategisch handeln. Konkret heißt das für Leipzig: Uns muss der Spagat gelingen, in unseren Hochburgen stark zu bleiben und in den Randbezirken wieder stärker zu werden. In diesem Sinne möchte ich zum weiteren Erfolg unserer Partei durch meine Arbeit im Stadtvorstand beitragen und bitte um deine Stimme.

P.S.: 1900 Zeichen zur Vorstellung sind wenig. Sprich mich gern an, wenn du Fragen zu meiner Kandidatur hast.

Tammo Thyselius

Liebe Genoss*innen,
mein Name ist Tammo Thyselius, ich bin 26 Jahre alt, studiere Elektrotechnik und seit zwei Jahren Mitglied der Linken. Auf dem diesjährigen Stadtparteitag kandidiere ich für den Stadtvorstand.

Meinen Weg in die Linke fand ich über den gemeinsamen Kampf von Busfahrer*innen und Klimaaktivist*innen im Bündnis #WirFahrenZusammen. Dort haben wir erstritten, dass der ÖPNV-Ausbau nicht auf den Schultern der Kolleg*innen geschieht. Wenn Menschen gemeinsam handeln, wächst die Erkenntnis, dass politische Veränderung möglich ist.
Die Linke muss diese Erfahrung organisieren. Unsere Partei muss ein Ort sein, der die Interessen der Menschen überall, auch in Betrieben und Gesellschaft langfristig organisiert.

Mit dieser Intention begann meine Parteiarbeit in der BO Sozialproteste. Richtig ins kalte Wasser sprang ich bei der Landtagswahl 24, wo wir mit hunderten Aktiven das Direktmandat von Nam Duy gewannen. Besonders in Erinnerung bleibt mir die Organisation von Aktionswoche und Sommerfest. Dort habe ich erlebt, wie eine Linke aussehen kann, die vor Ort präsent ist. Deswegen finde ich die Kampagne „Die Stadt gehört uns allen“ wichtig, da sie diesen Politikansatz weiterentwickelt.

Zurzeit arbeite ich daran, die BO Eisenbahnstraße aufzubauen, damit es auch im migrantischsten Viertel Leipzigs einen Treffpunkt für Alle gibt. Außerdem bin ich in der neuen AG Palästinasolidarität aktiv.

Im Stadtvorstand möchte ich gerne das gemeinsame Agieren des Stadtverbands voranbringen, wie es unsere Mietenkampagne versucht. Außerdem habe ich vor, die AG Digitales bei der weiteren Etablierung der Cloud zu unterstützen.

Wir sind in kurzer Zeit auf ca. 5.000 Mitglieder in Leipzig angewachsen. Jetzt liegt es an uns, mit guter Neumitgliederarbeit, mit neuen BO’s und AG’s daraus etwas zu machen!
Veränderung erfordert langfristige Organisierung.
Meinen Teil möchte ich nun auch im Stadtvorstand leisten.

Gaby Vallentin

Mein Name ist Gaby Vallentin. Ich bin 55 Jahre alt und im Leipziger Norden geboren. Ich bin Mediengestalterin von Beruf und habe einen kleinen Onlineshop.

Ich habe mich schon immer für Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Menschenrechte eingesetzt. Diese Tatsache und ein Überfall von Nazis auf einen meiner Freunde mit Migrationshintergrund bewogen mich, im Januar 2023 in die Partei Die Linke einzutreten.
Jetzt gehöre ich dem Stadtbezirk Nordwest an.

Hier bin ich in unserem Social-Media-Team aktiv und baue mir anderen Mitgliedern ein Team Die Linke Hilft auf. Ich bin der BundesAG Die Linke hilft eingeschrieben.

Im Mai 2025 wurde der Verein Nordwest Stern e.V gegründet. Ich bin Gründungsmitglied und stellvertretende Vorsitzende des Vereines. Der Verein finanziert ein Stadtteilbüro im Leipziger Norden, in dem es vielfältige Angebote in den Bereichen Kunst, Kultur, Demokratieförderung und Bildung geben wird. Hier finden auch die SBVs Nord und Nordwest ein Zuhause für Versammlungen, Plena und andere Veranstaltungen. Hier können wir im Norden stattfindende Aktionen vorbereiten und organisieren.
Denn die Partei Die Linke muss bei den Menschen sichtbarer werden als eine Partei, die sich wirklich um die bestehenden Probleme der Bürger kümmert.

Diese Basisarbeit wird von allen Mitgliedern geleistet. Ob Haustürgespräche, Infostände, Sommer-. Herbst- und Kinderfeste, beim Plakatieren oder Flyer verteilen sind Mitglieder der verschiedenen SBV im Kontakt mit den Bürgern.

Doch um alle Aktionen der SBVs zu organisieren, Neumitglieder zu stärken, stadtweite Kampagnen zu realisieren und vieles mehr, braucht es einen tatkräftigen Stadtverband Leipzig.

Darum möchte ich mit meiner Mitarbeit im Stadtvorstand Verantwortung dafür übernehmen, dass Die Linke Leipzig gute Arbeit leisten kann und aktiv daran teilhaben, dass Leipzig bei den nächsten Wahlen wieder komplett rot wird.

Änderungsanträge

ÄA GO: Ergänzung der Geschäftsordnung zur Sicherung von Instrumenten im Rahmen der Awareness-Arbeit

Einreichende: Ariane Barth und Johannes Schmidt

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Den Punkt 4 „Hausrecht und Hygieneregeln“ der Geschäftsordnung (GO) wie folgt zu ergänzen:

„(3) Das Beschluss- und Rederecht (gemäß 10.) eines im Stadtverband Die Linke Leipzig organisierten Mitgliedes kann im Fall eines angezeigten Grenzüberschritts oder einer Diskriminierung beschränkt werden. Dies erfolgt durch Anwendung des Hausrechts mittels Verweises aus dem Haupttagungssaal. Hierfür stellt die dem Awareness-Team angehörige Mittelsperson u. a. nach vorherigem Kontakt zur ausübenden Person und in Abklärung weiterer Handlungsweisen nach Awareness-Konzept einen Antrag zur Geschäftsordnung (gemäß 13.) und schildert auf Wunsch und im Einverständnis mit der betroffenen Person anonymisiert und deskriptiv das Vorkommnis, wie es der Prozess im Awareness-Konzept beschreibt. Der Stadtparteitag entscheidet in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten von der Tagung über den Verweis aus dem Haupttagungssaal. Im Fall eines Verweises wird der ausübenden Person angeboten die Wahlgänge in einem Nebenraum zu absolvieren.“

Begründung:

Erstmals wird es zu einem Stadtparteitag der Linken Leipzig ein Awareness-Team geben, um im Fall von diskriminierenden und/oder grenzüberschreitenden Verhalten betroffenenzentrierte Unterstützungsarbeit für betroffene Personen zu gewährleisten. Ebenso steht das Awareness-Team im Rahmen von kontroversen Debatten und emotionaler Überreizung sowie bei genereller Reizüberflutung zur Verfügung und bietet Rückzugs- und Gesprächsmöglichkeit an.
Gemäß dem Beschluss „Leitfaden zum Umgang mit Sexismus, sexualisierter Gewalt und Grenzüberschreitenden Verhalten“ können Betroffene, insofern ihre Bitten und Wünsche die gesamte Organisation und Partei betreffen, keine eigenen Maßnahmen zu ihrem Schutz festlegen, da die Prinzipien der Transformativen Gerechtigkeit und kollektiven Verantwortungsübernahme im Rahmen der Parteiarbeit greifen. Aus diesem Grund und da dem Awareness-Team keine per Satzung gegebenen direkten Instrumentarien zur Verfügung stehen, um im Fall von Diskriminierungen und Grenzüberschreitungen den Stadtparteitag sowie dessen Räumlichkeiten zu einem geschützten Raum für Betroffene zu machen, braucht es eine Ergänzung in der Geschäftsordnung, um das höchste amtierende Gremium im Rahmen der kollektiven Verantwortungsübernahme über Ausschluss-Maßnahmen und entsprechende Beschränkungen der Mitgliedsrechte entscheiden zu lassen. Grundlegend geschieht dies nur bei grundlegender Uneinsichtigkeit der ausübenden Person und ist aus bisherigen Erfahrungswerten aus der Awareness-Arbeit auf anderen Parteitagen ein seltenes Ereignis, doch bietet es den Mitwirkenden im Awareness-Team Klarheit über die verfügbaren Instrumente im Rahmen der Unterstützungsarbeit. Alle Prozesse und Vorgehensweisen des Awareness-Team sind im Awareness-Konzept nachvollziehbar.

8 Ä. Änderungsanträge

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA1.1 NEU: Unserem strategischen Auftrag gerecht werden - Einsatz für den Aufbau eines koordinierten und professionellen Social-Media-Auftritts der Linken Leipzig

Einreichende: Kiki Danneberg, Jessica Herrmann, AG Öffentlichkeitsarbeit

Unterstützende: Ariane Barth, Robby Aydin

Hinweis: nach Rücksprache mit den AntragsstellerInnen des ursprünglichen A1 wurde dieser von ihnen leicht modifiziert. Änderungen sind unterstrichen.

Antrag:

Die AG Öffentlichkeitsarbeit beantragt beim Stadtparteitag die Unterstützung für den Aufbau einer stadtverbandsweiten Struktur, die unseren Social-Media-Auftritt koordiniert und professionalisiert, mit dem Ziel eine nachhaltige Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeitsstruktur zu entwickeln, die sämtliche Kanäle miteinander verzahnt, Formate strategisch plant und eine Kampagnenfähigkeit auch außerhalb von Wahlkämpfen gewährleistet.

Wir sehen Social Media dabei als eine hohe Priorität an. Der Bundestagswahlkampf hat gezeigt, dass insbesondere über Social Media Reichweiten von Millionen Menschen erzielt und neue Zielgruppen angesprochen werden konnten. Zudem wird deutlich, dass politische Diskurse heute wesentlich in den sozialen Medien stattfinden und dort maßgeblich auch verschoben werden – zugunsten rechter Kräfte, wenn wir als Linke nicht sichtbar und präsent sind. Auf dieser Grundlage wollen wir aufbauen: Die Öffentlichkeitsarbeit des Stadtverbandes Leipzig verfügt bereits über eine solide Basis, die in den letzten Jahren mit großem Engagement geschaffen wurde. Damit wir jedoch auf Dauer noch wirkungsvoller und strategischer arbeiten können, gilt es dies gezielt weiterzuentwickeln, Strukturen zu verstetigen und zusätzliche Professionalität zu gewinnen.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Den Aufbau sowie die Entwicklung einer nachhaltigen und strukturierten Öffentlichkeitsarbeit mit besonderem Fokus auf stadtweite Social-Media-Strukturen für den Stadtverband Leipzig zu forcieren.

2. Diese Struktur, fungierend als koordinierende Instanz, soll die bisherigen Social-Media-Strukturen stärken und verbinden, Kontinuität gewährleisten und die Sichtbarkeit des Stadtverbandes sowie unserer Aktivitäten, Inhalte und Positionen verstetigen und ausbauen, ohne die bestehenden Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen durch dauerhafte Mehrbelastung zu überfordern.

3. Kernelemente der Umsetzung umfassen dabei insbesondere:

   a) Eine Basisinfrastruktur an Technik und möglichen Räumlichkeiten (z.B. eine Grundausstattung eines semi-professionellen Studios mit Licht, Kamera, Audio und Schnittplatz)[1]. Falls sich die aktuellen Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle als ungeeignet darstellen, sollte die Möglichkeit der Integration eines Studios in zukünftige Umbaupläne der Geschäftsstelle mit eingedacht werden,

   b) Eine klare Redaktionsstruktur für die Koordination und Produktion von Inhalten, die in enger Zusammenarbeit mit Mandatsträger*innen, SBVs, Betriebs- und Ortsgruppen sowie Arbeitsgemeinschaften (AGs) und Interessensgemein-schaften (IGs) erfolgt,

   c) Die Entwicklung und Pflege verschiedener Formate, beispielsweise eines stadtweiten TikTok-Kanals, Instagram-Reels, Crossposting zwischen Kanälen, kurze Erklärvideos und Kampagnenserien,

   d) Maßnahmen zur Communitypflege, darunter die Entwicklung eines Moderationsleitfadens, regelmäßige Schulungen sowie klar definierte Eskalationswege,

   e) Eine fortlaufende Evaluation anhand von KPIs, um die Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit messbar zu machen und kontinuierlich zu verbessern.

4. Der Stadtvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsstelle sowie in enger Zusammenarbeit mit der AG Öffentlichkeitsarbeit, der AG Digitales und weiteren Strukturen, auch über die eigenen Verbandsgrenzen hinaus, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen, um eine koordinierende Kapazität für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Social Media zu etablieren.

5. Hierbei sollen insbesondere zentrale Stellen der Koordinationsverantwortlichkeit geschaffen werden, die folgende Kernaufgaben übernehmen:

   a) Die Erstellung einer strategischen Jahresplanung der Öffentlichkeitsarbeit und Social-Media-Aktivitäten,

   b) Die kanalübergreifende Koordination von Inhalten und Produktionen,

   c) Aufbau und Organisation eines Produktions- und Schnittteams

   d) Die Sicherstellung eines kontinuierlichen Community-Managements[2], insbesondere zur Moderation und Interaktion mit der Community sozialer Kanäle sowie zur

---

[1] Dabei sprechen wir ausdrücklich nicht von einem High-End-Fernsehstudio, sondern von einer praktikablen Lösung: eine geeignete Räumlichkeit oder ein abgetrennter Bereich in bestehenden Räumen, die für Formate und Kampagnen nutzbar sind. Ziel ist es, Optionen offen zu prüfen, Möglichkeiten abzuwägen und gemeinsam Wege zu finden, wie wir einen solchen Ort dauerhaft in unsere Gesamtstruktur im Raum Leipzig integrieren können. Ein solches Studio könnte zudem zusätzlich für Wahlkampffotos und weitere Kommunikationsbedarfe genutzt werden. Auch die notwendige technische Grundausstattung sollte in gemeinsamen Gesprächen nach Möglichkeiten und konkreten Bedarfen festgelegt werden. Klar ist: Ohne eine verlässliche technische Basis – von Kamera über Audio bis hin zu Licht und Schnittmöglichkeiten – können viele der erwarteten Aufgaben nicht umgesetzt werden. Professionelle Öffentlichkeitsarbeit lebt von guter Technik, die es ermöglicht, mehr Menschen einzubinden, Inhalte hochwertig zu produzieren und unsere Reichweite zu erhöhen.

[2] Verantwortung der Interaktion mit Menschen, die einem Kanal folgen und mit diesem interagieren (Kommentare, private Nachrichten, Verlinkungen)

Erstellung von Reports bzw. Community-Analysen

e) Die systematische Auswertung der Aktivitäten anhand klar definierter Leistungskennzahlen (KPIs)[3] (z. B.: Reichweite, Engagement[4], Follower-Wachstum, Reaktionszeiten).

Diese zentralen Stellen sollten ebenfalls über spezifische Fähigkeiten verfügen, darunter eine ausreichende Erfahrung mit Social-Media-Kanälen und deren Prozessen, ein Verständnis über aktuelle Trends sowie die Fähigkeit, diese langfristig mitzudenken und diese bezüglich des Anspruches einer Linken-Partei anzupassen sowie ein Verständnis für grundlegende Prozesse zur Erstellung von Foto- und Videoformaten.

6. Der Stadtvorstand wird ermutigt, die genannten Aufgaben in Kooperation mit Landesstrukturen, Bundesstrukturen, Mandatsträger*innen und weiteren Partner*innen voranzutreiben, um eine bestmögliche, nachhaltige und effiziente Umsetzung sicherzustellen.

Begründung:

Die Bundestagswahlanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und der beschlossene Leitantrag der Bundespartei belegen eindeutig: Professionelle, zentral koordinierte Social-Media-Arbeit ist ein Schlüssel zum Wahlerfolg. Der RLS-Wahlnachtbericht hebt hervor, dass Die Linke insbesondere bei jungen Wähler*innen stark zulegen konnte, vor allem durch eine strategisch aufgebaute und verstärkte Social-Media-Präsenz (RLS 2025, S. 12).[5] Bereits in der Analyse wird festgestellt, dass in Erwartung geringer TV-Präsenz „mehr Ressourcen für Social-Media bereitgestellt und die eigenen Strukturen dafür neu aufgestellt“ wurden, u. a. mit einem zentralen Studio und verzehnfachtem Budget (RLS 2025, S. 12). Die Reichweite auf Instagram stieg in nur drei Wochen von ca. 268.000 auf fast 6 Millionen (RLS 2025, S. 13), auf TikTok wurden ähnliche Sprünge verzeichnet (RLS 2025, S. 15). Diese Entwicklung zeigt: Gezielte Investitionen in Infrastruktur, Personal und Planung können die öffentliche Wahrnehmung in kurzer Zeit massiv verbessern.
Der Leitantrag der Bundespartei[6] formuliert klar, dass sich Die Linke zu einer „organisierenden Klassenpartei“ entwickeln muss, die „ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößert und sich dazu auch strukturell erneuert und verändert“. Genau das bedeutet auf lokaler Ebene: Wir brauchen belastbare Strukturen, die kontinuierlich wirken, und nicht nur Ad-hoc-Aktivitäten einzelner.
Zudem fordert der Leitantrag:

> „Kampagnenfähigkeit in der Partei ausbauen. […] Kampagnen- und Social-Media-Arbeit weiter stärken und eine Struktur für zentrales Rapid-Response-Campaigning etablieren. […] Alle Kommunikationsbereiche der Partei besser miteinander verzahnen.“

Unser Antrag setzt diese Bundesstrategie konkret für Leipzig um: Aufbau einer zentralen Social-Media-Basisstruktur (Technik, Räume, Prozesse), Verzahnung aller Kanäle und Teams, Rapid-Response-Fähigkeit für lokale Ereignisse sowie Strategische, langfristige Social-Media-Planung statt vereinzelter Postings.
Damit schaffen wir einen Schritt, um die Voraussetzungen vor Ort zu erreichen, die der

[3] Key Performance Indicators sind Leistungskennzahlen, die verwendet werden, um den Erfolg oder Misserfolg von Maßnahmen zu messen und Prozesse zu kontrollieren.
[4] Engagement umfasst alle Handlungen, die Nutzer auf Social-Media-Beiträge ausführen
[5] https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/RLS_Wahlnachtbericht_BTW_2025.pdf
[6] https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/leitantrag-wir-sind-die-hoffnung/

Leitantrag für den bundesweiten Erfolg benennt: einheitliche Sprache, klare Erzählung, kontinuierliche Präsenz und koordinierte Kampagnenfähigkeit. Zusammen mit dem Stadtverband wollen wir Qualitäten und Notwendigkeiten definieren, welche auf den Anforderungen eines Social-Media-Kanals im Jahr 2025 basieren (ebenfalls angelehnt an einen der größten Stadtverbände sowie an eine Großstadt mit über 630.000 Einwohner*innen (Stand: Juli 2025).

Warum wir als Linke Leipzig jetzt handeln müssen:

- Leipzig hat eine junge, politisch interessierte Bevölkerung. Die Bundestagswahlanalyse zeigt, dass Social-Media-Erfolge besonders bei den 18–34-Jährigen zu deutlichen Zugewinnen führten (RLS 2025, S. 12).[7] Für Leipzig ist dies insbesondere für die U-18 Wahl in Bezug auf die anstehende Oberbürgermeister*innen Wahl interessant, da hier einige Menschen erstmalig wahlberechtigt sein werden.[8] Mittels konkreter Umsetzungen könnten wir unser Wähler*innenpotenzial schon jetzt erweitern.

- Ohne zentrale Koordination bleiben lokale Social-Media-Aktivitäten Stückwerk und können das Potential nicht entfalten.

- Schnelle, gut abgestimmte Reaktionen (Rapid Response) sind in Zeiten zunehmender rechter Diskursverschiebung unverzichtbar – auch das betont der Leitantrag.

Social Media und Öffentlichkeitsarbeit sind heute zentrale Instrumente politischer Kommunikation – sowohl zur Vermittlung politischer Inhalte als auch zur Bewerbung der eigenen Organisation. Sie bestimmen, ob unsere Themen sichtbar sind, ob wir Diskurse setzen und ob wir neue Zielgruppen erreichen. Etwa der Wahlkampf von Heidi Reichinnek zeigte, wie durchdachte Social-Media-Strategie Sichtbarkeit, Sympathie und Mobilisierung deutlich steigern kann. Demgegenüber steht der Social-Media-Auftritt der AfD, der – gerade bei jungen Zielgruppen – sehr aggressiv und technisch professionell aufbereitet ist. Um hier aufzuholen, müssen wir in Qualität und Reichweite investieren.
Auch lokal in Leipzig haben wir gesehen: Die Social-Media-Arbeit im Wahlkampf hat entscheidend zur Mobilisierung beigetragen. Veranstaltungen wie mit Heidi Reichinnek oder die Aktion der „Silberlocken“ zeigten, wie schnell Inhalte viral gehen können, wenn sie gut produziert und zielgruppengerecht verbreitet werden. Und auch außerhalb von Wahlkämpfen ist Öffentlichkeitsarbeit wichtig: Kampagnen wie „Die Stadt gehört uns allen“ erreichen über Social Media deutlich mehr Menschen als rein über klassische Kanäle.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

---

7 https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/RLS_Wahlnachtbericht_BTW_2025.pdf

8 https://www.stadtjugendring-leipzig.de/assets/publikationen/stellungnahmen_positionen/2025/pm-ergebnisse-u18-bundestagswahl-2025-in-leipzig.pdf

12 Ä. Änderungsanträge

ÄA1.2: Präsenz in Fediverse / Bluesky

Einreichender: Jörg Reichert

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze im Antrag A1: „Präsenz im Fediverse / Bluesky stärker ausbauen

Begründung:

Begründung: Hinsichtlich knapper Ressourcen (Zeit / Personen) und vermeintlich zu erzielender Reichweite mag es legitim sein, sich auf die großen Social-Media-Plattformen von Instagram (Meta) und TikTok (vom chinesischen ByteDance) zu konzentrieren, nur macht man sich dadurch weiterhin abhängig von den BigTech-Firmen und stärkt deren Monopole. Deswegen sollten wir stattdessen parallel auch die offenen Alternativen mit bespielen (und diese bei der alten Plattform zu verlinken). Durch existierende Cross-Posting-Werkzeuge sollte sich der Aufwand dabei auch in Grenzen halten. Zum einen erreichen wir dadurch Leute, die den großen Plattformen bereits den Rücken gekehrt haben, zum anderen ist es auch gut für unsere Glaubwürdigkeit, nicht nur die großen Konzerne zu verurteilen sondern auch aktiv etwas dafür zu tun, sie nicht noch für ihr Monopol (Matthäus-Effekt) zu belohnen. Zu mal es auch schon dokumentierte Fälle gibt, in denen Instagram-Accounts von politischen Organisationen aus fadenscheinigen Gründen gesperrt worden sind. Von daher sollten mit dazu beitragen, die Alternativen zu stärken und die kritische Masse zu erreichen, ab der sich dann immer mehr Menschen von der "schlechten" Plattform abwenden (wie beim Wechsel X / Twitter zu BlueSky bzw. Mastodon). Und Reichweite als KPI ist auch nicht alles, die Aktivierungsrate ist wichtiger, wenn auch vielleicht schwieriger zu messen. So gibt es auf den alternativen Plattformen, Menschen, die zwar links eingestellt sind, aber aus diversen Gründen, immer noch nicht die Linken wählen, auch die müssen angesprochen und überzeugt werden.

Noch ein paar Links zur Argumentationsunterstützung:

https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2025/07/ist-dieses-fediverse-mit-mastodon-eine-alternative-zu-meta-x-co-wir-fragten-stephanie-henkel-629146

https://blog.wikimedia.de/2025/07/03/fediverse/

https://netzpolitik.org/2025/moderation-gone-wild-instagram-sperrt-accounts-politischer-organisationen/

https://www.networxbox.com/post/die-5-gr%C3%B6%C3%9Ften-mythen-%C3%BCber-reichweite-und-was-stimmt-wirklich

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA2.1 NEU: Die erste Ansprache zählt! – Postalisches Starterpaket zur stadtverbandsweiten Akquise von Neumitgliedern

Einreichende: KiKi Dannenberg

Unterstützende: Ariane Barth, Robby Aydin, Uwe Fiedler

Hinweis: nach Rücksprache mit den AntragsstellerInnen des ursprünglichen A2 wurde dieser von ihnen leicht modifiziert. Änderungen sind unterstrichen.

Antrag:

Hiermit wird beim Stadtparteitag des Stadtverbandes Die Linke Leipzig die Unterstützung bei der stadtverbandsweiten Etablierung sowie die teilweise Finanzierung eines Starterpaketes für Neumitglieder als zusätzliche postalische Erstkontaktaufnahme beantragt.

Ziel: Das Starterpaket soll zur Aktivierung sowie Motivation, Informationsangebot und alternativer Kontaktaufnahme (neben E-Mail und Telefon) beitragen.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

- Die Einführung eines stadtverbandsweiten Starterpakets, das – je nach finanziellen Möglichkeiten des Stadtverbands und personellen Kapazitäten der Stadtbezirksverbände – jedem Neumitglied ab sofort und/oder rückwirkend ausgeliefert oder postalisch zugesendet werden kann.
- Hierbei werden folgende Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen bestimmt:
    - Der Stadtvorstand sowie die Geschäftsstelle wird in Zusammenarbeit mit den Entwickler*innen des Starterpaketes sowie den zuständigen Mitgliedern der Stadtbezirksverbände Materialien, welche für die Etablierung des Starterpaketes notwendig sind, erstellen, finanzieren und organisieren.
    - Das Starterpaket wird eingeteilt in ein „Basispaket“ sowie einem SBV-spezifischen Informationsflyer. Ersteres besteht aus einem Briefumschlag mit eingelegten emotionsstarken Stickern (circa 5), leichten Werbematerialien (z.B. Kühlschrankmagnet, Anstecker) sowie einer aktualisierten Neumitgliederbroschüre. Die Materialien des Basispakets werden in der Geschäftsstelle gelagert, organisiert (regelmäßige Bestellung) und zur Verfügung gestellt.
    - Den zuständigen Mitgliedern der Stadtbezirksverbände wird auf freiwilliger Basis angeboten, regelmäßig die Materialien abzuholen, diese zu verpacken und die Versendung/Verteilung an die im Einzugsgebiet des SBVs eingetretenen neuen Mitglieder zu organisieren. Ebenfalls besteht die Möglichkeit einen SBV-spezifischen Informationsflyer mit persönlicher Ansprache beizufügen. Eine Vorlage wird von der AG Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt. Eine Ansprache kann vom SBV frei gewählt werden.
    - Der Stadtvorstand soll in Zusammenarbeit mit den Stadtbezirksverbänden dazu motivieren, entweder eine postalische Zustellung sicherzustellen (aus dem SBV-Budget) oder eine von den Mitgliedern der Stadtbezirksverbände getragene Verteilung zu ermöglichen und zu unterstützen.
    - Die Finanzierung der Materialien des Basispaketes wird von dem Stadtverband der Linken Leipzig übernommen. Potenzielle Kosten einer postalischen Zustellung obliegen dem SBV.

- Der Stadtvorstand sucht nach Möglichkeiten, die Zusammenstellung, Anfertigung und Verteilung des Starterpaketes durch Mitglieder und Gremien des Stadtverbandes abzusichern

Begründung:

Während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl erfuhr „Die Linke“ eine enorme Steigerung an Mitgliedereintritten. Dieser enorme Anstieg führte auch zu einer Überlastung bestehender Neumitglieder-Integrationsstrukturen. Für die lokalpolitische Arbeit ist eine Aktivierung von Mitgliedern jedoch unerlässlich. Zwar gibt es etablierte Mechanismen und Strategien zur Aktivierung von Neumitgliedern, jedoch zielen diese überwiegend auf digitale Kommunikationswege zur erstmaligen Kontaktaufnahme, darunter E-Mail und Telefonie. Die Erfahrung zeigt, dass Neumitglieder gerade in der ersten Phase des Neueintrittes von einer Flut an E-Mails von Bundes- und Landesebene erfasst werden. Dies kann schnell zu einer Überforderung und schließlich zur Resignation führen.
An dieser Stelle könnte das Starterpaket als effektive zusätzliche Erstkommunikation ansetzen. Der postalische Weg könnte dabei einen großen Vorteil darstellen, da der Postweg ist in Deutschland immer noch die Wahl von amtlich-relevanten Dokumenten ist. Eine Öffnung des Starterpakets ist somit sehr wahrscheinlich. Durch die Beilage von modernen Werbematerialien, sollen direkt nach der Öffnung positive Emotionen ausgelöst werden, was zu einer stärkeren Bindung zur Partei sowie zu einem erhöhten Interesse an den beigelegten Informationsmaterialien führen könnte. Über den SBV-spezifischen Informationsflyer können somit angesprochene Neumitglieder weiterführend informiert, vermittelt sowie aktiviert werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA2.2: Die erste Ansprache zählt! – Postalisches Starterpaket zur stadtverbandsweiten Akquise von Neumitgliedern

Einreichende: Helenie Buntrock und Felix Liebmann

Antrag:

Der Stadtparteitag möge folgende Änderung beschließen:

- **ALT:**
  „Die Einführung eines startverbandsweiten Starterpakets, welches nach finanziellen Möglichkeiten des Stadtverbandes und personellen Kapazitäten der Stadtbezirksverbände, jedem Neumitglied, ab dem 01.01.2025 ausgeliefert oder postalisch zugesendet wird.“

- **NEU:**
  „Ein stadtverbandsweites Starterpaket, welches freiwillig von den Stadtbezirksverbänden ein- und durchgeführt wird sowie vom Stadtverband finanziell tragbar ist, soll als neues Werkzeug eingeführt werden. Ziel soll es sein, alle

Neumitglieder ab dem Eintrittsdatum 01.01.2026 mit dem Starterpaket zu erreichen."

Begründung:

Wir wollen klar herausstellen, dass das Starterpaket als freiwillige Leistung der Stadtbezirksverbände und des Stadtverbandes benannt wird. Die hier gefundene Stelle erscheint uns am geeignetsten dafür zu sein.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA3.1: Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren

Einreichende: Christopher Berberich (SBV Altwest), David Zech (SBV Altwest)

Unterstützende: Isabell Hartung (SBV Altwest), Uwe Fiedler (SBV Ost), Caroline Mansfeld (SBV Süd), Till Neumann (SBV Mitte), Helenie Buntrock (SBV Südwest), Patrick Heret (SBV Ost), Marie Paschold (SBV Ost), Timon Keil (SBV Altwest), Konstantin Tschense (SBV Süd), Joana Sammler (SBV Altwest), Thomas Janowski (SBV Altwest), Holger Krusche (SBV Südwest), Franz Beesen (SBV Ost), Christopher Meyer (SBV Südwest), Melanie Gareis (SBV Altwest)

Hinweis zur Sichtbarmachung der Änderungen zum Ursprungsantrag: was ~~gestrichen~~ ist, fällt weg; was <u>unterstrichen</u> ist, kommt neu dazu; was ohne Markierung ist, ist identisch mit dem ursprünglichen Antrag.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge die nachstehende Resolution als Basis für die bevorstehende Debatte über die strategische Neuausrichtung der Partei verabschieden:

Die Partei konnte im Rahmen der letzten Bundestagswahl die Gefahr vor dem Versinken in der Bedeutungslosigkeit~~, wenn nicht sogar ihres Endes, vorerst abwenden. Wir betonen: vorerst. Auch wenn wir die Leistungen unserer Partei, ihrer Mitglieder an der Basis und unserer Mandats- und Funktionsträger nicht in Abrede stellen oder kleinreden wollen, ist die Rettung doch in erster Linie glücklichen äußeren Umständen zu verdanken. Wir betrachten daher mit Wohlwollen die Erkenntnis der Parteiführung, dass es einer strategischen Neuausrichtung der Partei bedarf. Diese Neuausrichtung wäre zuvorderst eine Rückbesinnung: eine Rückbesinnung der Linken auf ihre Tradition als sozialistische Partei.~~ <u>nicht nur abwenden, sondern sogar mit einem starken Ergebnis in den Bundestag einziehen. Dies ist zum einen dem klaren sozialpolitischen Profil des Wahlprogramms zuzuschreiben. Vor allem aber war es die starke Leistung der Mitglieder im Wahlkampf nach Jahren des innerparteilichen Streits bei den Menschen wieder bekannt zu machen, wofür die Linke steht. Um in Zukunft an diesen Erfolg anzuknüpfen, braucht es eine weitere Schärfung des Profils als sozialistische Partei.</u> ~~Ein klares Bekenntnis zur Überwindung des Kapitalismus. Eine entschiedene Absage an die Mitverwaltung der Ausbeutung von Mensch und Natur. Ein~~

~~unmissverständlicher Kampf für die Interessen der Klasse der Lohnabhängigen und Armen in diesem Land.~~ Dazu bedarf es eines klaren Bekenntnisses zur Überwindung des Kapitalismus, eine entschiedene Absage an die Mitverwaltung der Ausbeutung von Mensch und Natur und einen unmissverständlichen Kampf für die Interessen der Klasse der Lohnabhängigen und Armen in diesem Land.

Wir können diesen Kampf nicht für die Mehrheit führen, sondern nur gemeinsam mit ihr. Deshalb stellen wir uns hinter die Losung des im Mai durch den Bundesparteitag beschlossenen Leitantrags: "Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren." Sozialistische Politik vollzieht sich nicht ~~in erster Linie~~ nur im Parlament. Die Macht für grundlegende Veränderung erwächst aus der fortlaufenden Organisation von Lohnarbeiter:innen, Mieter:innen, Migrant:innen, FLINTA und ~~jenen~~ überhaupt allen, die der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen wollen. ~~Wir werben damit eindringlich, dass~~ Der Stadtverband wird deshalb die von der Bundespartei formulierte Strategie der organisierenden Klassenpartei fest in die politische Praxis integrieren. ~~des Stadtverbandes integriert wird.~~

~~Zu einer Klassenpartei der Lohnabhängigen werden wir aber nur dann, wenn wir unsere Organisationsbemühungen nicht durch eine fatale parlamentarische Koalitionspolitik torpedieren. Ebenso wenig glauben wir, dass derartige Zugeständnisse eine wirksame Strategie gegen den Rechtsruck in Deutschland darstellen. Wir betrachten die Vorstellung, dass mit einer solchen Politik des "kleineren Übels" die AfD von der Macht ferngehalten werden kann als fatal. Ihr Gelingen stützt sich lediglich auf die Hoffnung, dass große Kapitalfraktionen und die CDU auch in Zukunft nicht bereit sind, mit der AfD zu paktieren, wenn sich die Umstände ändern. Letzten Endes wird dadurch nur das Bild der AfD als einziger wirklicher Opposition gestärkt. Schwächen können wir den Rechtsruck nur durch einen Linksruck, wenn die Masse der Menschen sich mit uns als Partei der Opposition gegen die herrschende Politik organisiert.~~ Will die Linke erfolgreich den Rechtsruck bekämpfen, muss sie Mehrheiten in der Bevölkerung organisieren. Diese Mehrheiten lassen sich nur mit einer politischen Praxis erreichen, die nicht leichtfertig die herrschenden Verhältnisse mitverwaltet, sondern klare Verbesserungen gegenüber dem Status quo anzubieten hat. Das bedeutet auch, dass wir nicht bereit sind, nur als Mehrheitsbeschafferin anderer Parteien zu dienen. Eine Politik des „kleineren Übels" wird die AfD nicht dauerhaft von der Macht fernhalten. Stattdessen bedarf es eines klaren Widerstands gegen Sozialabbau, Aufrüstung und die fortlaufenden Angriffe auf die Demokratie. Unsere Glaubwürdigkeit hängt dabei maßgeblich davon ab, dass wir uns deutlich gegen die herrschende Politik positionieren und die Möglichkeit einer besseren Zukunft deutlich aufzeigen.

~~Es gilt~~ Nicht zuletzt gilt es die durch die Arbeiterbewegung in harten und ausdauernden Kämpfen errungenen sozialen Fortschritte innerhalb kapitalistischer Gesellschaften mit allen Mitteln zu verteidigen. Nur wenn wir entschiedenen Widerstand gegen Sozialkürzungen, Angriffe auf die Rechte der Lohnabhängigen wie den 8-Stunden Tag oder das Streikrecht, den Rüstungswahn und die Verschärfung der Staatenkonkurrenz organisieren, können wir das Vertrauen derjenigen gewinnen, auf die es für eine sozialistische Partei ankommt. Nur wenn wir gemeinsam mit all jenen einstehen, die alltäglich von Arbeitslosigkeit, der Dequalifizierung und Prekarisierung ihrer Arbeit oder der Standort~~V~~verlagerung des Unternehmens bedroht sind und sie aktiv in die politische Arbeit unserer Partei einbinden, sind wir dabei glaubwürdig.

~~Absage an jene politische Praxis aus, die glaubt, das Aufkeimen reaktionärer und faschistischer Tendenzen bekämpfen zu können, indem wir uns mit den Verantwortlichen~~

~~für die schlechte Lage gemeinmachen.~~ Der Rechtsruck lässt sich nur erfolgreich bekämpfen, wenn unsere Partei ökonomische Konflikte in den Mittelpunkt stellt und in ihrer Gesamtheit über den Kapitalismus hinausweist. ~~In~~ Denn in der kapitalistischen Klassengesellschaft nähren sich Vorurteile und Ressentiments aus Unterdrückung, Frustration und Existenzangst. Der Aufstieg der extremen Rechten ist das Produkt einer Politik, die darauf zielt, alle Schranken für die kapitalistische Ausbeutung niederzureißen. Die Rechten machen sich Prekarität, Abstiegsängste und Konkurrenzdruck zunutze. Sie sind in den Betrieben immer besser organisiert und wenden sich gegen die DGB-Gewerkschaften. Wir können dem nur etwas entgegensetzen, wenn wir uns zu einer wirklichen Alternative entwickeln und als vorwärtstreibende Kraft der herrschenden Politik eine klare Absage erteilen. Bundesweit sowie in Sachsen und Leipzig muss sich die Partei wieder verstärkt im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit engagieren. Es braucht die aktive Verankerung der Partei in Betrieben, Krankenhäusern und Schulen. Wir müssen eine Kraft werden, mit der Lohnabhängige tatsächlich für ein besseres, ein gutes und friedliches Leben kämpfen können. Hand in Hand im Parlament, in den Betrieben und auf der Straße. Eine Kraft, die glaubhaft den Weg zum demokratischen Sozialismus bereitet.

Begründung:

Der Antrag A3 spricht mit seinem Fokus auf Betriebe, Gewerkschaften und Klassenpartei einen zentralen und zugleich sehr wichtigen Punkt der Strategiediskussion unserer Partei an. Leider hat er neben einem semantischen Fehler vier schwerwiegende inhaltliche Probleme.

Der semantische Fehler besteht in folgendem in der Ursprungsresolution enthaltenen Satz: „Wir werben damit eindringlich, dass die von der Bundespartei formulierte Strategie der organisierenden Klassenpartei fest in die politische Praxis des Stadtverbandes integriert wird.“ Dieser Satz ist geschrieben, als sei es Inhalt des Antrags A3 die Strategie des Bundesverbandes zu integrieren. Inhalt des Antrags A3 ist aber die Veröffentlichung einer Resolution durch den Stadtverband, deren Inhalt dieser Satz ist. Daraus folgt, dass der Stadtverband eine Resolution veröffentlichen würde, mit der er bei sich selbst wirbt zu handeln, was äußerst merkwürdig anmutet.

Das erste inhaltliche Problem ist eine Analyse der Bundestagswahl, die zum einen bei Betrachtung der Faktenlage nicht haltbar ist und zum anderen die großartige Leistung unserer Mitglieder im Wahlkampf herunterspielt. Nicht all die vielen engagierten Mitglieder, die Plakate gehängt, Infostände betreut, an den Haustüre geklingelt und/oder auf Social Media gekämpft haben soll der Erfolg bei der Wahl zuzuschreiben sein, sondern vor allem nicht näher benannten mysteriösen „glücklichen Umständen“. Mit „glücklichen Umständen“ zielen die Verfasser:innen möglicherweise auf die Kooperation der CDU/CSU mit der AfD vom am 30. Januar 2025 ab. Es sei deshalb angemerkt, dass der Aufwärtstrend in den Wahlumfragen für die Linke bereits vor Friedrich Merz Bruch in der Brandmauer begann. Zudem ist unsere Genossin Heidi, deren Bundestagsrede daraufhin viral ging, Mitglied der Linken. Und auch die Social Media-Arbeit wurde von Mitgliedern unserer Partei gestemmt. Es handelt sich also zwar um eine äußere Situation, die aber nicht durch Glück, sondern gerade durch das Handeln der Mitglieder zum Erfolg beigetragen hat. Die Wahlauswertung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt außerdem, dass ca 80% unserer Wähler:innen die Linke für ihr Programm wählten. Das gute Abschneiden der Linken ist also kein zufälliger Ausrutscher in der Geschichte. Der Linken ist es gelungen ein Programm zu entwerfen, in dem sich viele Menschen wiederfinden und dieses Programm mit einem gut geplanten Wahlkampf bei eben diesen Menschen bekannt zu machen. Beides ist die Leistung der vielen engagierten Mitglieder.

Das zweite Problem des Antrages A3 besteht darin, dass er jede Situation pauschal mit der Strategie der Fundamentalopposition beantworten will. Dies wird mit einer positivistischen Sichtweise begründet, die behauptet, dass aus einer bestimmten Handlung immer ein bestimmtes Ergebnis hervorgeht. Solche allgemeinen Gesetze existieren jedoch in der politischen Auseinandersetzung nicht. Zudem sind unbedingte Strategien fast immer nachteilig. Sie funktionieren nur dann, wenn die Umstände zufällig so sind, dass genau dieses Verhalten zum Erfolg führt. Dies liegt daran, dass sie weder die politische Situation noch die Handlungsoptionen der anderen Akteure berücksichtigen. Während es die AfD trotz ihrer stupfsinnigen Ideologie schafft, vielschichtige Strategien zu entwickeln, die flexibel auf neue Situationen reagieren, plädiert der Antrag A3 dafür, der Linken ein starres Korsett überzustülpen. Wenn man sich selbst derartige Nachteile gegenüber den Faschist:innen verschafft, kann der Kampf gegen den Rechtsruck nicht funktionieren.

Ein Drittes ist, dass ein zentraler Argumentationsstrang im Antrag A3 auf einem Strohmannargument aufbaut. Das heißt, es wird eine Position erfunden, die in unserer Partei gar nicht vertreten wird. Diese erfundene Position wird dann problematisiert, um eine vermeintliche Lösung anzubieten. So wird gesagt: „Wir betrachten die Vorstellung, dass mit einer solchen Politik des ‚kleineren Übels' die AfD von der Macht ferngehalten werden kann als fatal." Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Allerdings darf dies nicht zu einer reflektionslosen Fundamentalopposition führen, die den Aufstieg der AfD dadurch beschleunigt, dass die Linke jede (Minderheits-)Regierungsoption ohne AfD durch ihr Verhalten unmöglich macht. Die Linke muss als Opposition radikal, aber gesprächsbereit sein. Angemerkt sei auch, dass niemand auf die Idee käme zu behaupten, die AfD sei keine radikale Opposition, obwohl sie sich grundsätzlich gesprächs- und kooperationsbereit insbesondere gegenüber CDU/CSU verhält.

Zuletzt, so interpretieren wir es, soll unserer Stadtratsfraktion sowie unserer Landtagsfraktion ein Seitenhieb mitgegeben werden („Haushaltskürzungen"). Wir sehen es als problematisch an, unsere Fraktionen auf einer abstrakten Ebene anzugreifen, ohne auf die spezifische politische Situation einzugehen und die Argumente, welche zur jeweiligen Handlung geführt haben, zu berücksichtigen. Indem aber Argumente ignoriert und damit unsichtbar gemacht werden, werden konstruktive Debatten verhindert. Würde die Linke Leipzig eine Resolution verabschieden, die sich unter anderem gegen die Politik der eigenen Stadtratsfraktion richtet, fragen wir uns zudem, welche Konsequenzen daraus folgen sollen. Darüber lässt uns aber der Antrag A3 leider im Unklaren.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A3.2: Rechtsruck bekämpfen – Hoffnung organisieren

Einreichender: Uwe Fiedler

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Satz im ersten Absatz „Auch wenn wir die Leistungen unserer Partei, ihrer Mitglieder an der Basis und unserer Mandats- und Funktionsträger nicht in Abrede stellen oder kleinreden wollen, ist die Rettung doch in erster Linie glücklichen äußeren Umständen zu verdanken.“ soll gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt werden:

"Die Rettung ist **in erster Linie dem konsequenten Engagement der Basis** zu verdanken, die durch eine glaubwürdige Politik vor Ort das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewonnen und die parlamentarische Existenz der Partei gesichert hat."

Begründung:

Dieser Änderungsantrag korrigiert die zentrale Aussage des ersten Absatzes und unterstreicht die Bedeutung der Parteiarbeit. Die ursprüngliche Formulierung, dass die Rettung der Partei hauptsächlich „glücklichen äußeren Umständen“ zu verdanken sei, vernachlässigt die konkreten Erfolge, die aus harter und nachhaltiger Arbeit resultierten. Die Linke Leipzig hat gezeigt, dass unsere Politik nicht von externen Faktoren abhängt, sondern durch eigenes, glaubwürdiges Handeln erfolgreich sein kann. Dies wird durch folgende Beispiele belegt:

- **Sicherung der parlamentarischen Existenz:** Mit dem Gewinn des Direktmandats durch Sören Pellmann bei der Bundestagswahl 2021 und durch Juliane Nagel sowie Nam Duy Nguyen bei der Landtagswahl 2024 wurde die parlamentarische Existenz der Partei gesichert. Diese Erfolge sind das direkte Ergebnis jahrelanger Basisarbeit, nicht zufälliger Umstände.
- **Kommunalpolitische Erfolge:** Die Einführung der Sozialen Erhaltungssatzung, der kostenfreie Eintritt in städtische Museen, das Tarifmoratorium bei den Leipziger Verkehrsbetrieben 2019/2020 und die Erweiterung des Leipzig-Passes sowie die Abwehr von Kürzungen bei der Schulsozialarbeit zeigen, dass wir konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger erreichen.
- **Glaubwürdiges Zusammenwirken:** Die Entwicklung der Mietwucher-App und die Auswirkungen auf Verwaltungshandeln in Leipzig ist ein Beispiel für das erfolgreiche Zusammenspiel von Bundes- und Kommunalebene.
- **Überdurchschnittliche Entwicklung:** Im Gegensatz zum bundesweiten Trend erzielte Die Linke Leipzig überdurchschnittliche Wahlergebnisse auch in schwachen Zeiten und eine bessere Mitgliederentwicklung – wir sind nicht ohne Grund der größte Kreisverband.

Diese Erfolge belegen, dass der Kampf gegen den Rechtsruck und für sozialistische Politik durch die direkte Arbeit mit den Menschen gelingt. Die Würdigung unserer Leistungen stärkt das Selbstbewusstsein der Genossinnen und Genossen und gibt ihnen das Vertrauen, zukünftige Herausforderungen aus eigener Kraft zu bewältigen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA3.3: Rechtsruck bekämpfen – Hoffnung organisieren

Einreichende: Nicolas Rother (SBV Ost, BO Eisenbahnstraße)

Unterstützende: Mara Luise Günzel (Sol Leipzig, SBV Altwest), Katja Wagner (SBV Ost), Paul Mermet (SBV Südwest)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge folgende Änderung beschließen:

„Es braucht die aktive Verankerung der Partei in Betrieben, Krankenhäusern und Schulen."

ersetzen durch:

„Konkret heißt das aktiv die Verhandlungen und Arbeitskämpfe im Zuge der Tarifrunde der Länder (TdL) zu unterstützen. Die besonders vom Kürzungshaushalt betroffenen Beschäftigten an den Universitäten und dem Leipziger Uniklinikum brauchen politische Unterstützung und eine klare Stimme an ihrer Seite. Auch in Hinblick auf kommende Kürzungen und Stellenabbau braucht es die aktive Verankerung der Partei in Betrieben, Krankenhäusern und Schulen."

Begründung:

Im aktuellen, mit Stimmen von Linken MdL beschlossenen, sächsischen Doppelhaushalt 2025/26 wurden laut Finanzministerium 650 Millionen Euro an Personalkosten eingespart. Erreicht wird dies über das nicht-neubesetzen von offenen Stellen, sowie über niedrige Eingruppierungen. Doch das ist erst der Anfang. Denn diese fatalen Kürzungen „dienen dabei als Orientierungswert für die Effektivitäts- und Effizienzgewinne"1, die in den nächsten Jahren erreicht werden sollen. So stellt Finanzminister Piwarz zweifelsfrei klar: „Die Staatsregierung begibt sich mit dem Doppelhaushalt auf einen Personalabbaupfad, den wir zwingend auch in den kommenden Jahren weiter beschreiten müssen. Andernfalls wachsen uns die Personalausgaben über den Kopf."2 Dass am Uniklinikum und anderen öffentlichen Einrichtungen bereits jetzt schon Personalmangel herrscht, wird kaltherzig ignoriert. Wir erleben in der anstehenden TdL also nichts Geringeres, als den Kampf um die Qualität und Existenz unserer öffentlichen Daseinsvorsorge.
Die angespannte Haushaltslage wurde bei den zurückliegenden Verhandlungen immer wieder mit den gestiegenen Tariflöhnen bei den Landesbeschäftigten begründet. Auch bei den künftig anstehenden Auseinandersetzungen werden wir von allen Seiten zu hören bekommen, dass die maßlosen Gehaltsvorstellungen der Beschäftigten Schuld am Personalmangel und Sparmaßnahmen in anderen Haushaltsbereichen seien. Dieses Gegeineinader-Auspielen können wir nur mit dem Konsequenten Stellen von Verteilungsfragen beantworten. Während die CDU auf Bundesebene Steuererleichterungen für Unternehmen durchsetzt und historische Summen in das Wettrüsten verschwendet, sagt uns die gleiche CDU in Sachsen, dass kein Geld für Krankenhäuser, Universitäten und Behörden da sei. Das ist politische Kalkül, das es zu bekämpfen und durchbrechen gilt. In den Betrieben, auf der Straße, an den Streikposten und in den Parlamenten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.1: Für einen gerechten Frieden ~~in Palästina~~ in Nahost

Einreichende: Fabian Blunck, Thomas-Friedrich Naumann, Juliane Nagel, Jens Frohburg, Gregor Henker, Max Gorskih, Christoph Sedlaczek, Ulf-Peter Graslaub, Claudia Scholz, Elisa Gerbsch, Marco Böhme, Maximilian Hampel, Joana Sammler

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetzung des Antrages A5 „Für einen gerechten Frieden in Palästina“ durch folgenden Text:

Die Linke Leipzig bekräftigt die Beschlusslage des Hallenser Parteitages vom 19. Oktober 2024 "Deeskalation und Abrüstung in Nahost – für Frieden, Völkerrecht – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus" (https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/hallescher-parteitag-2024/hallescher-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/deeskalation-und-abruestung-in-nahost-fuer-frieden-voelkerrecht-gegen-jeden-rassismus-und-antisemitismus-1-1/).
"Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand in Israel und Palästina. Die Logik der Gewalt und der Eskalation muss durchbrochen, die Suche nach politischen Lösungen wieder aufgenommen werden. Wir fordern alle Beteiligten auf, keine neuen Kampfhandlungen aufzunehmen und den Konflikt einzudämmen statt auszuweiten."

Die Linke Leipzig unterstützt Demonstrationen und Aktionen, die für ein sofortiges Endes des Krieges und einen gerechten Frieden für die Menschen in Gaza und anderen Teilen der palästinensischen Autonomiegebiete und in Israel zum Ziel haben.

Die Linke Leipzig grenzt sich klar von Rassismus und Antisemitismus ab, verurteilt das Vorgehen der israelischen Regierung und das Terrorregime der Hamas und fordert eine gerechte Zweistaatenlösung.

Die Linke Leipzig unterstützt die Initiative der Stadt Leipzig Kinder und andere Schutzbedürftige aus Gaza aufzunehmen und fordert die Bundesregierung auf die Aufnahme-Blockade aufzugeben.

Der Stadtvorstand wird aufgefordert Bildungsformate aufzulegen, die die verschiedenen Perspektiven auf die Genese des Nahostkonfliktes und die aktuelle Lage - vom Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7.10.2023 und der völkerrechtswidrigen Kriegsführung Israels unter einer ultrarechten Regierung - versucht in Kommunikation zu bringen.

Begründung:

Die Gesamtmitgliederversammlung ist keine politische Bildungsveranstaltung, in der es gelingen kann, die schwierige Historie der Entstehung des israelischen Staates und der leidvollen Vertreibungsgeschichte der Palästinenser*innen aufzuarbeiten. Eine Debatte um die Deutung der Geschichte und der Lage auf dem Parteitag einer lokalen Gliederung unserer Partei halten wir für falsch. Wir schlagen daher in Ersetzung des Antrages der AG Palästinasolidarität vor die lange diskutierte und mit großer Mehrheit bestätigte Beschlusslage des Bundesparteitages in Halle zu bekräftigen, Dieser Beschluss schafft es

verschiedene Perspektiven zu einen und nimmt sowohl das israelische Vorgehen als auch das der Hamas und deren Verbündeter kritisch in den Fokus. Nicht zuletzt sollten wir auf einem kommunalen Parteitag das beschliessen, was für uns umsetzbar ist: Die Unterstützung lokaler Bemühungen für Frieden und Ausgleich, die Aufnahme von Schutzbedürftigen und das Organisieren von Bildungsveranstaltungen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.2: Für einen gerechten Frieden in Palästina

Einreichende: Caroline Schweiker (SDS Leipzig, SBV Ost), Tjark Delfs (SBV Ost), Julia Aigner (SBV Alt-West)

Unterstützende: Mara Luise Günzel (Sozialistische Organisation Sol Leipzig, BO Wilder Westen, SBV Altwest), Marit-Isalie Meincke (Linksjugend Leipzig Thälmannplatz, SBV Ost), Lea Knoff, Hendrik Frieling (SBV Altwest)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Im Absatz „Allgemein“ soll als Stichpunkt ergänzt werden: „Unterstützung des Rückkehrrechts der Palästinenser*innen“.

Begründung:

Für nahezu alle palästinensischen Fraktionen ist das Rückkehrrecht der während der Nakba 1948 Vertriebenen und ihrer Nachkommen eine zentrale politische Forderung. Als sozialistische Partei unterstützen wir das Recht aller Vertriebenen auf Rückkehr in ihre Heimat. Dieses ist auch im Einklang mit UN-Resolution 194 (III), die fordert, dass den palästinensischen Flüchtlingen, die in ihre Heimat zurückkehren und „in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen“, dies gestattet werden sollte, oder sie eine Entschädigung erhalten sollen, falls eine Rückkehr nicht von ihnen gewollt ist. Das Rückkehrrecht ist ein Grundpfeiler für einen gerechten Frieden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.3: Für einen gerechten Frieden in Palästina

Einreichende: Tjark Delfs (SBV Ost), Caroline Schweiker (SDS Leipzig, SBV Ost)

Unterstützende: Mara Luise Günzel (Sozialistische Organisation Sol Leipzig, SBV Altwest), Hendrik Frieling (SBV Altwest), Julia Aigner (SBV Alt-West), Marit-Isalie Meincke (Linksjugend Leipzig Thälmann-Platz, SBV Ost)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Als letzter Absatz soll hinzugefügt werden:

„Die Linke Leipzig teilt die Kritik an der Lieferung militärischer Güter über den Leipziger Flughafen an Israel und unterstützt Proteste, die sich dagegen richten. Des Weiteren stellt sich die Linke Leipzig gegen jedwede militärische Nutzung des Flughafens LEJ."

Begründung:

Die Linke hat bereits mehrfach bekräftigt, dass der Einsatz gegen deutsche Waffenlieferungen eine zentrale Aufgabe in Deutschland angesichts des anhaltenden Völkermords in Gaza ist. Diese Forderung ist insbesondere für breite, wirkungsvolle Bündnisse zentral. Die Linke muss hier konsequent sein und Export von Rüstungsgütern verbieten – vor allem in Krisengebiete.
Erstmals wurde durch die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft in einem Spionageprozess gegen eine*n ehemalige*n Mitarbeiter*in Maxmilian Krahs (AfD) bestätigt, dass es vom LEJ aus Waffenlieferungen nach Israel gegeben hat. Darunter befinden sich nicht nur Rüstungsgüter der Bundeswehr, sondern auch Lieferungen von Unternehmen wie Rheinmetall. Konkret geht es um Drohnen, gepanzerte Fahrzeuge und Ausrüstung, die unter anderem an den israelischen Rüstungskonzern Israel Aerospace Industries geliefert wurden. Die Bundesanwaltschaft bestätigt in ihrer Anklageschrift, dass der Flughafen Leipzig/Halle ein „wichtiges Drehkreuz zur Verbringung von Militärgütern in die ganze Welt" sei. Wörtlich heißt es: „Neben der Bundeswehr nutzen ihn auch deutsche Rüstungsfirmen und NATO-Streitkräfte. Insbesondere nutzt die Luftwaffe der USA den Flughafen auf dem Weg nach Ramstein." Diese Formulierung unterstreicht die strategische Bedeutung von LEJ für internationale Militäreinsätze.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.4: Für einen gerechten Frieden in Palästina

Einreichende: Caroline Schweiker (SDS Leipzig, SBV Ost), Tjark Delfs (SBV Ost), Franziska Kage (SBV Mitte), Julia Aigner (SBV Alt-West)

Unterstützende: Marit Meincke (Linksjugend Leipzig Thälmannplatz, SBV Ost), Lea Knoff, Hendrik Frieling (SBV Altwest)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Als letzter Absatz soll hinzugefügt werden:

Die Linke Leipzig unterstützt daher konkret die von der Linkspartei mitveranstaltete Demo „Zusammen für Gaza“ bzw. “All eyes on Gaza” am 27.09.2025 in Berlin, durch die Organisation einer gemeinsamen Anreise (z.B. mit Bussen), der Verteilung von Mobi-Material und der Bewerbung über die Social-Media Kanäle. Der Stadtverband Leipzig ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Begründung:

Namhafte Menschenrechtsorganisationen, UN-Berichterstatter*innen und Völkerrechts- wie Genozidexpert*innen sprechen schon lange von einem Völkermord in Gaza. In der medialen Öffentlichkeit Deutschlands bricht das Schweigen langsam auf. Laut Umfragen des ZDF-Politbarometers vom 22.05. lehnen 80 % der deutschen Bevölkerung das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen als nicht gerechtfertigt ab. Die Linke hat das Potential und die Aufgabe, diese überwältigende Masse auf die Straße zu übertragen und gemeinsam mit u.a. palästinensischen Bündnispartnern in politischen Druck umzusetzen. Der Vorstoß des Parteivorstands, auch wenn er viel zu spät kommt, ist ein wichtiges Zeichen in die richtige Richtung.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.5: Für einen gerechten Frieden in Palästina

Einreichender: Gregor Clewing (Sozialistische Organisation Solidarität Sol Leipzig, SBV Süd)

Unterstützende: Mara Luise Günzel (Sozialistische Organisation Solidarität Sol Leipzig, SBV Altwest, BO Wilder Westen), Hendrik Frieling (SBV Altwest)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Im Absatz „Allgemein“ soll als Stichpunkt ergänzt werden:

„• Unter Kapitalismus und Imperialismus wird es keinen Frieden und keine Befreiung geben! Echte nationale und soziale Befreiung kann auf Dauer durch sozialistische Veränderungen erreicht werden. Für ein sozialistisches Israel an der Seite eines sozialistischen Palästinas, mit zwei Hauptstädten in Jerusalem und vollen Rechten für Minderheiten – dann können Staatsgrenzen und -formen von den Organisationen der Arbeiter*innen und der unterdrückten Völker demokratisch ausgehandelt und beschlossen werden.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

ÄA5.6: Für einen gerechten Frieden in Palästina

Einreichende: Mara Luise Günzel (Sozialistische Organisation Sol Leipzig, SBV Altwest, BO Wilder Westen)

Unterstützender: Hendrik Frieling (SBV Altwest)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Änderung des Antragstitels von “Für einen gerechten Frieden in Palästina”

zu

“Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel”

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

Awareness-Konzept für den Stadtparteitag

Datum:	06.09.2025
Zeit:	09:30 – 18:00 Uhr (Einweisung beginnt 8:00 Uhr)
Ort:	Felsenkeller Leipzig
Veranstalterin:	Die Linke Leipzig
Personalbedarf:	idealerweise vier Personen pro Schicht

Rahmenbedingungen/Hilfsmittel: Awareness-Rucksack, Ruheraum (Garderobe direkt am Saal oder Turmzimmer), Awareness-Koordination aus dem Stadtvorstand heraus, Laptop, Austauschgruppe für den Tag bei Signal, Aushänge, Awareness-Telefon)
Schulungs-/Vorstellungsbedarf: Die Vorbesprechung erfolgt am 06.09.2025, um 08:00 Uhr. Hier wird die 1. Schicht gebrieft und erhält eine Führung durch die Räumlichkeiten. Als Ergänzung werden am Awareness-Tisch im Raum sowie im Ruheraum die Grundsätze und Arbeitsweisen des Teams sowie die Grenzen der Awareness-Arbeit ausgehangen. Im weiteren Verlauf findet das Briefing im Rahmen der Schichtübergabe durch die Schichtleitungen statt.

Was ist das Ziel dieses Konzepts?

Dieses Konzept soll zum Stadtparteitag der Linken Leipzig, am 06.09.2025, die Arbeit der Mitwirkenden im Awareness-Team stützen und für alle anderen Mitglieder des Parteitags Transparenz schaffen, damit die Zuständigkeiten, Handlungs- und Entscheidungsgrundlagen des Awareness-Teams im Rahmen der Awareness-Arbeit nachvollziehbar sind. Aus dieser Perspektive gedacht, stellt dieses Konzept die Verabredung des Awareness-Teams zum Rahmen der Unterstützungsarbeit dar, welche Instrumente satzungskonform hierfür zur Verfügung stehen und wie die Unterstützungsarbeit verstanden und vor Ort umgesetzt wird. Entsprechend liegt der Fokus in der Arbeit mit Betroffenen und nicht in der Arbeit mit ausübenden Personen. Folglich beinhaltet das Konzept keine Sanktions- bzw. Maßregelungsmaßnahmen für ausübende Personen, sondern Möglichkeiten, um Schutzraum zu schaffen und auf die Wünsche von Betroffenen einzugehen. Entsprechend soll dies nicht nur das Awareness-Team und dessen Arbeitsweise schützen, sondern auch insgesamt eine aufklärende und sensibilisierende Wirkung zur Awareness-Arbeit im Stadtverband leisten.

Was ist Awareness und warum brauchen wir das?

Der Begriff „Awareness“ (engl. Bewusstheit) bezeichnet die (Selbst-)Reflexion einer Person oder Gruppe über ihre Umgebung, ihre Rolle darin sowie die sich daraus ergebenden gebotenen Handlungen. Im deutschsprachigen Raum steht der Begriff für eine Haltung und Praxis, die Diskriminierung und (sexualisierter) Gewalt entgegenwirkt und konsensbasiertes Handeln fördert. Awareness meint eine Struktur vor Ort, durch die Betroffene von Diskriminierung und Gewalt eine parteiliche Unterstützung erfahren. Gegebenenfalls können auch aufklärende Gespräche mit diskriminierenden oder gewaltausübenden Personen geführt werden. Awareness ist eine Möglichkeit, auf Diskriminierung und Herrschaftsverhältnisse aufmerksam zu machen und Menschen, die Grenzüberschreitungen erlebt haben, in ihrem Umgang damit zu unterstützen.

Wir wollen Gewalt und Diskriminierung nicht als individuelle Probleme verstehen. Awareness ist für uns ein Versuch, Diskriminierung und Gewalt in konkreten Räumen und Situationen einen gemeinschaftlichen Umgang entgegenzusetzen.

Wir sehen Gewalt überdies als Teil gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse (z. B. Sexismus oder Rassismus), durch die Menschen als ungleichwertig konstruierten Gruppen zugeordnet werden. So ist jeder Mensch unvermeidlich in diese Verhältnisse verstrickt und kann in mancher Hinsicht Privilegien (z. B. als Mann) und gleichzeitig in anderer Hinsicht Diskriminierungen (z. B. als queere Person) erfahren. Natürlich kann Awareness diese strukturellen Gewaltverhältnisse nicht auflösen.

Aber sie kann uns im Umgang mit dieser Gewalt helfen: Die Idee von Awareness ist, dass es Gruppen gibt, die Unterstützung für Betroffene von Diskriminierung und Gewalt anbieten. An einem konkreten Ort und für einen begrenzten Zeitraum.

Wir verstehen Awareness nicht als eine Form der Mediation zwischen zwei Konfliktparteien. Ein Vorfall soll weder objektiv bewertbar sein müssen, noch soll eine Sanktionierung nach vorgegebenen Regeln erfolgen. Entsprechend ist es essenziell, die Perspektive der Betroffenen in jeder Hinsicht anzuerkennen und folglich wird die Schwere eines Vorfalls von der betroffenen Person definiert und muss hierfür keine Rechtfertigung oder Nachweise liefern.

Wir wollen keine Stigmatisierung als ewige „Täter*innen“ begünstigen oder Menschen verurteilen, sondern ihre Handlungen kritisieren, auch wenn diese unbewusst oder unabsichtlich erfolgt sind. Wir wünschen uns einen konstruktiven Umgang mit Fehlern und Offenheit für Kritik.

Mithilfe des Awareness-Konzepts soll ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es zu einer Ausgrenzung von Menschen kommen kann – ohne es zu beabsichtigen. Zeitgleich soll es ein Leitfaden für uns sein, um zu lernen, wie wir mit Problemen umgehen und einen sensiblen und betroffenenzentrierten Umgang unter- und miteinander verwirklichen können.

Charakter und Rahmen der Veranstaltung

Der Stadtparteitag (SPT) ist das höchste Gremium im Stadtverband Die Linke Leipzig. Er wählt den Stadtvorstand, bestimmt Delegierte für den Landes- und Bundesparteitag sowie Mitglieder anderer wichtiger Gremien und fasst verbindliche Beschlüsse.
Unser Stadtparteitag in Leipzig ist eine Gesamtmitgliederversammlung. Das heißt, alle Mitglieder der Partei Die Linke Leipzig sind stimmberechtigt (aktives Wahlrecht), sofern sie mindestens sechs Wochen Mitglied und nicht beitragssäumig sind. Im Jahr 2018 haben sich alle Mitglieder in Leipzig mehrheitlich für einen Stadtparteitag als Gesamtmitgliederversammlung entschieden. Vorher war der Stadtparteitag - wie die meisten Parteitage - ein Delegiertenparteitag.
Die Stadtparteitage werden vom amtierenden Stadtvorstand organisiert und umgesetzt. Auch auf den Stadtparteitagen braucht es die rege Beteiligung unserer Mitgliedschaft, um die sogenannten Kommissionen zu besetzen. Diese werden mit der Konstituierung, direkt zu Beginn des SPT, gewählt.

Stadtparteitage sind regelmäßig sich ereignende Arbeits- und Entscheidungsgremien, zu denen üblicherweise bis zu 600 Personen kommen und alle stimm- und wahlberechtigten Mitglieder ihre entsprechenden Rechte ausüben. Der Stadtparteitag am 06.09.2025 ist ausschließlich von parteiinternen Wahlen (Wahl der (Ersatz-)Delegierten für Bundes- und Landesparteitage, Nachwahl eines Mitglieds des Stadtvorstands) geprägt.[1] Parteitage stellen somit das Herzstück der basisdemokratischen Parteiarbeit und einen innerparteilichen Ort der Begegnung dar, auf welchen Debatten zu verschiedensten Themen

[1] https://www.die-linke-in-leipzig.de/dokumente/stadtparteitag/9-stadtparteitag/2-tagung/ (siehe Einladung)

geführt werden. Hierzu zählen auch emotionale bzw. kontroverse Themen, die teilweise mit persönlichen Anschuldigungen und Angriffen einhergehen. Hierzu können am 06.09.2025 folgende Debatteninhalte zählen:

1) Friedenspolitische Themen, wie Waffenlieferungen bzw. die Zustimmung der Bundesländer zur Reform der Schuldenbremse für ein Aufrüstungsprogramm, in denen Die Linke in der Regierung ist.
2) Der Nahost-Konflikt und die Debatten zu Antisemitismus
3) In Anbetracht der Nachbesetzung eines weiteren Mitglieds des Stadtvorstandes: #linkemetoo, da das ehemalige Mitglied des Vorstandes ausübende Person im Rahmen eines sexistischen Grenzüberschritts war und sexualisierte Gewalt ausgeübt hat, woraufhin die Person aus der Partei ausgetreten ist.

Zudem sind die Stadtparteitage der Linken Leipzig öffentlich und für Gäste, egal ob Presse oder Sympathisant*innen bzw. Interessierte, frei zugänglich, aber ohne Stimm- und Wahlberechtigung.

Entsprechend stellt der Stadtparteitag einen Ort der Begegnung dar, auf welchem verschiedene Mitglieder und Gäste zusammenkommen und insbesondere Mitglieder ihre Rechte ausüben können. Folglich findet, nach Beschlusslage, das Konzept der kollektiven Verantwortungsübernahme und somit der „Transformativen Gerechtigkeit“ Anwendung.[2]

Selbstverständnis und Arbeitsweise

Der Standverband der Linken Leipzig wird immer größer, bunter, diverser und pluraler. Mit dieser Vielzahl und Vielfalt an Lebensgeschichten, Erfahrungen sowie Perspektiven muss unsere Parteiarbeit neu gedacht werden und ein offener Raum für alle sein. Aus diesem Grund und in Anbetracht unserer feministischen Grundhaltung als Partei ist es notwendig, Maßnahmen gegen grenzüberschreitendes Verhalten und gegen sexistische bzw. sexualisierte Gewalt zu ergreifen. Eine Maßnahme ist die Verfassung von Awareness-Konzepten und die Etablierung der Awareness-Arbeit innerhalb unserer Parteistrukturen. Hierfür wird erstmalig auf dem Stadtparteitag ein Awareness-Team als unabhängige und autarke Instanz installiert. Dieses leistet Unterstützungsarbeit im Fall einer Betroffenheit, um die Teilnahme der betroffenen Person am Parteitag ohne Ängste, Hürden und Sorgen entsprechend fortzuführen. In diesem Sinne ist der Schutz der Betroffenen und die Schaffung eines sicheren Raums der Kern der möglichen Unterstützungsarbeit.

Hierzu beleuchtet sie verschiedene Lebensrealitäten, Diskriminierungsformen und Machtstrukturen kritisch, macht diese sichtbar und erarbeitet Maßnahmen geleitet durch dieses Konzept und unter Berücksichtigung des Beschlusses „Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen und queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexistischer Gewalt“.[3] Zum Selbstverständnis des Awareness-Teams gehört auch die Anerkennung, dass auch das Awareness-Team sich im ständigen Lernprozess befindet und Regeln sowie Maßnahmen mit dem erweiterten Wissen angepasst werden. Auch das Awareness-Team kann unbeabsichtigt Machtstrukturen und Diskriminierungsformen begünstigen oder wiederholen. Deswegen ist es unerlässlich, in ständiger Selbstreflexion zu arbeiten.

<u>Grundlegend unterliegt die Arbeit des Awareness-Teams vier Grundprinzipien:</u>

- ***Definitionsmacht*** - beinhaltet, dass die*der Betroffene definiert, was ihr*ihm passiert

[2] https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/ (31.07.25)
[3] Beschluss des Augsburger Parteitags im Herbst 2023: https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/

ist. Sie*er definiert, was ihr*ihm angetan wurde und welche Form von Gewalt, sexualisierter Gewalt oder Diskriminierung sie*er erleiden musste. Das heißt nicht, dass sie*er das tun muss oder dass sie*er das alleine tun muss. Manchmal ändern Betroffene auch die Benennung über die Zeit, vielleicht weil sie zu Anfang nicht wahrhaben wollten, wie krass die Gewalt war, z. T. weil sich nach dem ersten Schock die Gewalt nochmals anders für sie darstellt. Im Sinne eines feministischen Gewaltbegriffs geht es nicht um das Festlegen vermeintlich objektiver Kriterien, die für bestimmte Gewaltdefinitionen erfüllt sein müssen. Nur die Betroffene kann definieren, was ihr*ihm widerfahren ist. Sie*er weiß, was sie*er erlebt hat, was ihr*ihm passiert ist und wie es sich angefühlt hat. Betroffene Personen sollen nicht unter Rechtfertigungsdruck geraten.

- ***Parteilichkeit*** - Eine Grundlage von Awareness ist Parteilichkeit. Parteilichkeit umfasst in Bezug auf Diskriminierung oder Gewalt keine vermeintlich neutrale Haltung einzunehmen, sondern sich parteilich an die Seite der Marginalisierten und Betroffenen zu stellen. Ein Awareness-Team handelt parteilich im Sinne der betroffenen Personen. Das bedeutet, dass die Betroffenen einen geschützten Rahmen bekommen, um von ihren Erfahrungen berichten zu können, ohne dabei mit Zweifeln oder sogar Schuldvorwürfen konfrontiert zu werden. Das Erzählte wird nicht bewertet und so angenommen, wie es Betroffene erlebt haben.
- ***Vertraulichkeit/Anonymisierung***
- ***Betroffenenzentrierung***

<u>Hiermit ergibt sich eine klare Haltung in der Unterstützungsarbeit:</u>

Awareness ist eine Haltung und ein Handeln. In Bezug auf Personen, die strukturelle und zwischenmenschliche Gewalt erfahren haben, bedeutet das

- … ihnen zu glauben.
- … Vertraulichkeit, Anonymisierung (auf Wunsch), Schutz stärken.
- … Umsetzen von Formen von Definitionsmacht.
- …, dass sie die Definitionsmacht haben (das bedeutet, sie benennen die stattgefundene Gewalt, keine externe “neutrale” Instanz beurteilt, was passiert ist, wie schlimm es war oder was jetzt gut wäre).
- … keine Bewertung des empfundenen bzw. stattgefundenen Übergriffs/Diskriminierung.
- … Betroffenen zentriertes Handeln: die Bedürfnisse der betroffenen Person stehen im Vordergrund.
- … sich mit den Betroffenen zu verbünden.
- … Parteilichkeit mit Betroffenen.
- … sich parteilich an ihre Seite zu stellen und dafür möglicherweise den Verlust eigener Privilegien in Kauf zu nehmen.
- … in ihrem Interesse und nur auf ihren Wunsch hin zu handeln.
- … Bewusstsein für Unterstützer*innen-Rolle; den Rahmen halten; nicht privat werden; keine körperlichen Berührungen; Machtgefälle realisieren; auf Augenhöhe umgehen.
- … Mehrfachdiskriminierung/Intersektionalität beachten.
- … Handlungsfähigkeit der Betroffenen zu stärken.
- … die Betroffene ist die Handelnde; das Awareness-Team unterstützt und handelt nur, wenn es von der betroffenen Person gewünscht ist und nimmt ihr nicht paternalistisch (bevormundend) Dinge aus der Hand. Entsprechend werden keine Maßnahmen ergriffen ohne das Einverständnis oder die klare Willensbekundung der Betroffenen! Auch hier gilt nur JA ist JA!
- … bedürfnisorientierte Unterstützung.

Diese Punkte machen die Betroffenenzentrierung des Awareness-Ansatzes deutlich. Für Betroffene bedeutet es oft viel Mut aufzubringen, sich an ein Awareness-Team zu wenden und diesen unbekannten Personen zu vertrauen. Viele befürchten zu Recht, dass ihnen vielleicht nicht geholfen wird und sich die Situation für sie nicht verbessert, sondern verschlechtert oder sie zusätzlich verletzt werden. Der Grund, warum Awareness-Teams geschaffen wurden, ist in erster Linie Betroffene zu stärken und zu unterstützen. Hierfür ist wichtig, dass die Unterstützung nichts gegen den Willen der Betroffenen tut, dass alle Handlungen auf Wunsch und in Absprache mit der Betroffenen erfolgen und Schritte mit ihr rückgesprochen werden. Das ist insbesondere wichtig, um die Handlungsmacht nicht von der Betroffenen wegzunehmen und sie nicht weiterem Ohnmachtserleben auszusetzen. Der Schutz der Betroffen hat eine hohe Priorität, dazu gehört auch Vertraulichkeit und Anonymisierung, damit die Betroffene sicher sein kann, dass sich die Situation für sie nicht verschlimmert und kein Gerede entsteht.

Für die Arbeit im Awareness-Team ist es Voraussetzung, dieses Konzept gelesen und ein Schnellbriefing im Rahmen der Vorbesprechung mit der Möglichkeit zur Klärung von Fragen absolviert zu haben. Dies muss mit einer Unterschrift bestätigt sein. Im Idealfall sind alle Mitglieder des Awareness-Teams offiziell geschult. Über die Zeit der Mitwirkung im Awareness-Team dürfen von den Mitgliedern keine Rauschmittel (mit Ausnahme von Koffein, Nikotin und notwendige Medikation) vorab, zwischen oder während des Einsatzes konsumiert werden.

Im Weiteren finden sich nachstehend Anleitungen zum konkreten Umgang mit Vorkommnissen. Zudem wird ein Awareness-Rucksack verfügbar sein.

Im Rahmen der Selbstreflexion des Awareness-Teams sind folgende Entscheidungen vor der Aufnahme der Awareness-Arbeit zu klären:

- Konsensbasiert entscheiden & hierarchiearme Struktur umsetzen
- Auf die Zusammensetzung des Teams achten
- Immer im Team und nie alleine arbeiten
- Personen mit praktischen Erfahrungen in der Awareness-Arbeit hinzuziehen
- Rahmenbedingungen klären: Wie viele Personen brauchen wir? Wie lange sind die Schichten?

Zuständigkeit und Ziel

Das Awareness-Team nimmt grenzüberschreitendes und/oder diskriminierendes Verhalten wahr, es kann von Personen um Hilfe gebeten oder von anderen auf entsprechendes Fehlverhalten hingewiesen werden.

Das Awareness-Team achtet auf die anwesenden Personen. D. h. es kann auch unterstützen, wenn es Personen körperlich oder emotional nicht gut geht. Das Awareness-Team ist nicht für die medizinische Versorgung zuständig. Im Fall, dass eine medizinische Intervention notwendig wird, kann die betroffene Person in den Ruheraum gebracht werden und es muss ein Rettungswagen oder entsprechende Ärzt*innen, je nach Schwere des medizinischen Hilfebedarfs, kontaktiert werden.

Ziel der Arbeit des Awareness-Teams ist es, Unterstützungsarbeit dann zu leisten, wenn diese gewünscht ist. Wann dies passiert und wie die konkrete Unterstützungsarbeit dann aussieht, wird ausschließlich von der betroffenen Person definiert. Am Ende der Unterstützungsarbeit soll die betroffene Person in einem Zustand sein, dass diese ohne

Sorgen, Ängste oder Einschränkungen am Stadtparteitag teilnehmen kann und die Räumlichkeiten des Parteitags als sicher für sich erachtet.

Um dies vollumfänglich zu ermöglichen, ist es notwendig, sich selbst zu reflektieren und folgende Punkte zu klären:

- Was traust du dir zu? Wo sind deine Grenzen (physisch wie auch psychisch)?
- Fälle abgeben können; emotionale Abgrenzung (insbesondere im Fall von Konflikten mit der ausübenden oder betroffenen Person, um den Vorwurf der Willkür zu vermeiden)
- Parteilichkeit zur betroffenen Person (ich glaube dir)
- Keine Awareness ist besser als schlechte Awareness

Entsprechend zeigen wir Präsenz und schauen nicht weg. Wir verfolgen den Veranstaltungsablauf und haben die Stimmungen im Auge. Wenn Vorfälle beobachtet werden, fühlen wir uns für diese verantwortlich und kümmern uns drum (das kann auch beinhalten, anderen Personen aus dem Team Bescheid zu sagen, wenn ein Mitglied des Awareness-Teams sich mit der Situation überfordert fühlt). Wir achten auf uns selbst: Wenn einzelne Mitglieder sich der Situation nicht gewachsen fühlen, geben diese die Verantwortung lieber an eine andere Person ab oder suchen sich Unterstützung innerhalb des Teams.

Umgang mit konkreten Situationen

A:

- **<u>Du selbst nimmst eine Situation als grenzüberschreitend/übergriffig wahr:</u>**
- Überlege, ob du die geeignete Person bist, in die Situation hineinzugehen oder ob du jemanden ansprichst.
- Frage die betroffene Person nach ihrem Befinden (z. B.: „Ist alles ok? Geht es dir gut mit der Situation xy?“)
- Wenn du die betroffene Person ansprichst, erkläre ihr kurz, warum und was du als Grenzüberschreitung wahrgenommen hast.
- Beachte aber, dass du deine Wahrnehmung der betroffenen Person nicht aufdrängst. Vielleicht nimmt sie die Situation ganz anders wahr.
- Hör der betroffenen Person zu und nimm sie ernst.
- Beachte die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Person und stelle deine eigenen hinten an (wenn sie z. B. keinen Rausschmiss der beschuldigten Person wünscht, respektiere das. Sprecht es zudem mit der betroffenen Person ab, wenn ihr vorhabt, die Polizei zu rufen. Es ist wichtig, dass die betroffene Person die Kontrolle über die Situation hat.)
- Biete Unterstützung an, z. B. ein Gespräch oder eine Möglichkeit, aus der Situation herauszukommen. Frage sie, ob sie sich zurückziehen möchte (z. B. in den Rückzugsraum)
- Möchte die betroffene Person Unterstützung?
    - Ja: Dann gehe so vor wie unter Punkt C. beschrieben
    - Nein: Respektiere das und biete einen konkreten Ort an, wo sie - auch später noch- Unterstützung bekommen kann, wenn sie es möchte. Versuche trotzdem, die Person ein wenig im Auge zu behalten, um im Zweifel noch einmal Unterstützung anbieten zu können.

B:

- **<u>Du wirst von einer anderen Person auf eine grenzüberschreitende Situation hingewiesen:</u>**
- Überlege, ob du die geeignete Person bist, in die Situation hineinzugehen oder ob du jemanden ansprichst.
- Werde selbst aktiv und gib die Verantwortung nicht wieder an die beobachtende Person zurück.
- Wenn du die betroffene Person ansprichst, siehe weiter ab Punkt A.

C:

- **<u>Eine betroffene Person kommt auf dich zu und möchte Unterstützung:</u>**
  - Hör der betroffenen Person zu und nimm sie ernst.
  - Sei zurückhaltend mit Körperkontakt, es sei denn, er ist von der betroffenen Person ausdrücklich erwünscht.
  - Überlege, ob du die geeignete Person bist oder ob du jemanden dazu holst.
  - Frage nach den Bedürfnissen der betroffenen Person (z. B.: „Was brauchst du? Was möchtest du gerade?“)
  - Beachte die Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Person und stelle deine eigenen hinten an (Es ist wichtig, dass die betroffene Person die Kontrolle über die Situation hat.)
  - Erkläre, dass in der Unterstützung nur das passiert, was die betroffene Person wünscht. Alles wird mit ihr abgesprochen.
  - Frage die betroffene Person, ob sie eine Vertrauensperson dabeihaben möchte.
  - Suche einen Ort, wo in Ruhe ein Gespräch stattfinden kann (z. B. Rückzugsort)
  - Hör zu, wenn die betroffene Person erzählen möchte.
  - Sei vorsichtig mit Fragen. Die betroffene Person soll nicht das Gefühl bekommen, sich rechtfertigen zu müssen. Vielleicht ist ihr auch unangenehm oder peinlich, was passiert ist.
  - Lass dir und der betroffenen Person viel Zeit (in Krisen ist „Tempo rausnehmen“ total wichtig)
  - Biete Möglichkeiten konkreter Unterstützung an. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass das zuständige Awareness-Team in Rückkopplung mit der betroffenen Person Maßnahmen erarbeitet, die für sie Schutz herstellen sollen. Die betroffene Person kann nicht allein entscheiden, welche Maßnahmen das sein können, denn diese Maßnahmen betreffen uns als Organisation. Ohne ihr Einverständnis werden aber keine Maßnahmen ergriffen, damit sie die Kontrolle über den Prozess behält. Entsprechend macht keine Versprechen über die Möglichkeit, dass die ausübende Person den Parteitag temporär oder in Gänze ausgeschlossen wird!
    Unterstützungen, die machbar sind:
    - Bietet eine räumliche Trennung an, z. B.: „Möchtest du mit mir in den Awareness-/ Ruhe-Raum kommen?“
    - Bietet der betroffenen Person an, nahestehende Personen hinzuzuholen oder diese als Unterstützungsperson für die Zeit eures Einsatzes zu begleiten.
    - Bietet der Betroffenen an, dass die Möglichkeit besteht, mit der ausübenden Person zu sprechen, um diese auf das Fehlverhalten sowie die dadurch entstandenen Verletzungen bei der betroffenen Person zu verdeutlichen. Dies erfolgt im Falle des Wunsches eines Ausschlusses vom Parteitag über eine Mittelsperson.
    - Bietet die gemeinsame Erstellung eines Gedächtnisprotokolls an, damit die betroffene Person im Fall einer weiteren Behandlung mit den Vertrauenspersonen die Erlebnisse dann problemlos über das Gedächtnisprotokoll darstellen/wiedergeben kann.

Grenzen der Arbeit des Awareness-Teams
Der Einsatz des Awareness-Teams beginnt mit dem Einlass ab 09:00 Uhr und beschränkt sich auf die Dauer des Parteitags bis ca. 18:00 Uhr und ist entsprechend an den Felsenkeller und an diesen Zeitraum gebunden. Eine Begleitung und Unterstützung von Betroffenen darüber hinaus sind nicht vorgesehen bzw. machbar. Hierfür sind gem. der Beschlusslage die Vertrauenspersonen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene kontaktierbar. Eine Liste mit den Kontakten findet sich im Awareness-Rucksack.
Das Awareness-Team ist keine entscheidungstragende oder maßregelnde Instanz, da dem Awareness-Team keine per Satzung gegebenen direkten Instrumente zur Verfügung stehen. Die Mitglieder des Awareness-Teams unterstützen die Betroffenen nicht im professionell therapeutischen, wohl aber im persönlich geschulten Sinne. Dies bezieht sich auch auf medizinische Notfälle oder Hilfe im medizinischen Kontext. Entsprechend ist für weiterführende medizinische oder therapeutische Hilfe auf Fachärzt*innen hinzuweisen.
Das Hausrecht liegt generell beim Besitzer (Vermieter) bzw. in dessen Vertretung bei den Mitarbeitenden des Felsenkellers und kann nach Vereinbarung an die Veranstalter*in (Mieter*in) übertragen werden. Laut unserer Geschäftsordnung übt während der Versammlung unsere Tagungsleitung dieses aus. Entsprechend sind zum Beispiel Hausverweise/-verbote durch die entsprechenden Mitarbeitenden der Security umzusetzen sowie mit der Tagungsleitung rückzukoppeln und liegen nicht in der Zuständigkeit der Mitglieder des Awareness-Teams.
Dementsprechend kann das Awareness-Team im Falle des Wunsches einer Betroffenen, die ausübenden Person vom Parteitag zu entfernen, nicht allein agieren. Der Ausschluss von wahl- und stimmberechtigten Mitgliedern ist aus satzungs- und rechtsrelevanten Vorgaben nicht einfach möglich. Aus diesem Grund wird neben dem Awareness-Team und den Schichtleitungen eine Mittelsperson vorhanden sein. Diese übernimmt die Klärung mit der Security des Felsenkellers sowie mit dem Stadtparteitag.

<u>In diesem Fall sind folgende Verfahren zu berücksichtigen:</u>

1. Die Betroffene möchte die ausübende Person ausschließen lassen, ohne dass diese angesprochen wird:
    a. Seit ehrlich und informiert die Betroffene, dass ihr diese Entscheidung nicht treffen könnt und entsprechend über das Vorkommnis mindestens mit der Mittelsperson reden müsst und bittet um das Einverständnis der betroffenen Person.
    b. Die Schichtleitung übernimmt die Kontaktaufnahme mit der Mittelsperson.
    c. Die Mittelsperson erklärt der Betroffenen, dass ein Ausschluss ohne Gespräch mit der ausübenden Person nicht möglich ist, da die satzungsgemäßen Mitgliedsrechte nicht ohne Kommunikation mit der ausübenden Person vollzogen werden kann und das Hausrecht bei den Mitarbeitenden der Security liegt. (Dies übernimmt die Mittelsperson, damit die Mitglieder des Awareness-Teams die Parteilichkeit wahren können.)
        i. Die betroffene Person stimmt dem zu, dann siehe Punkt 2.
        ii. Die betroffene Person stimmt dem nicht zu, dann übernimmt das Awareness-Team wieder und versucht machbare Maßnahmen mit der Betroffenen zu erarbeiten, die es der Person ermöglichen, weiter am Parteitag zu partizipieren.

2. Die betroffene Person möchte, dass man die ausübende Person ausschließt und mit der Person spricht:
    a. Seit ehrlich und informiert die Betroffene, dass ihr diese Entscheidung nicht treffen könnt und entsprechend über das Vorkommnis mit der Mittelsperson reden müsst und bittet um das Einverständnis der betroffenen Person.

b. Die Schichtleitung übernimmt die Kontaktaufnahme mit der Mittelsperson.
c. Die Mittelsperson spricht mit der betroffenen Person und erläutert, dass der Ausschluss nur über die Security erfolgen kann und vor einem Ausschluss die ausübende Person angesprochen werden muss. Folglich bittet die Mittelsperson um das Einverständnis der Betroffenen mit der ausübenden Person sowie der Security über das Vorkommnis zu sprechen.
d. Die Mittelsperson nimmt Kontakt zur Security auf und klärt, ob das Vorkommnis im Rahmen der Hausordnung ein Grund für einen Veranstaltungsausschluss ist.
e. Die Mittelsperson nimmt Kontakt mit der ausübenden Person auf und erläutert dieser das Fehlverhalten und verdeutlicht die dadurch entstandenen Verletzungen der betroffenen Person sowie den Wunsch des Ausschlusses. Dann können folgende Reaktionen erwartet werden:
    i. Die ausübende Person reagiert verständnisvoll und erkennt ihr Fehlverhalten sowie die Betroffenenperspektive an und verlässt ohne Diskussionen den Parteitag.
    ii. Die ausübende Person reagiert verständnisvoll und erkennt ihr Fehlverhalten sowie die Betroffenenperspektive an, möchte aber im Laufe des Parteitags ihr Stimm-, Wahl- und Antragsrecht ausüben und bietet an, temporär den Parteitag zu verlassen.
    iii. Die ausübende Person hat keinerlei Einsicht und ist nicht bereit, das Fehlverhalten oder die Betroffenenperspektive anzuerkennen.
f. Entsprechend ergeben sich folgende Handlungsweisen:
    i. Der Wunsch der Betroffenen wird umgesetzt. Die Betroffene wird über die Einsichtigkeit der ausübenden Person informiert und über die angenommene Konsequenz. Nun gilt es nur noch zu klären, ob die Betroffene noch etwas in diesem Moment braucht.
    ii. Die betroffene Person wird über die Einsichtigkeit und das Angebot informiert. Entsprechend wird gefragt, ob die Maßnahme hilfreich ist. Bei weiterem Unterstützungsbedarf steht das Awareness-Team weiterhin zur Verfügung, um machbare Maßnahmen ergänzend umzusetzen.
    iii. Im Falle, dass das Vorkommnis gegen die Hausordnung des Felsenkellers verstößt oder eine akute Gefahr für weitere Anwesende des Parteitags besteht, wird die Security informiert und die ausübende Person vom Parteitag entfernt. Im Fall, dass das Vorkommnis nicht gegen die Hausordnung/-regeln verstößt, muss der Verweis aus dem Haupttagungssaal des Parteitags vom Stadtparteitag beschlossen werden. Hierfür wird ein Antrag zur Geschäftsordnung von der Mittelsperson gestellt und das Vorkommnis wird anonymisiert und deskriptiv geschildert, mit Benennung des Wunsches und der Uneinsichtigkeit der ausübenden Person. Entsprechend stimmt der Parteitag ab. Eine entsprechende Regelung muss dazu von der Versammlung in der Geschäftsordnung beschlossen sein.

Generell bemüht sich das Awareness-Team, alle Anliegen und Wünsche von Betroffenen entsprechend den hier beschriebenen Grundprinzipien zu bearbeiten. Grundlegend können durch die mitwirkenden Personen im Awareness-Team folgende Diskriminierungsbereiche erfahrungsbasiert gedeckt werden: Sexismus und sexualisierte Gewalt (insbesondere Erfahrungen im Bereich häusliche Gewalt) und antimuslimischer Rassismus.
Wir bringen Erfahrungen aus verschiedenen Awareness-Kontexten aus der Veranstaltungs- und Clubkultur sowie der Awarenessarbeit von Bundes- und Landesparteitagen mit.

Ebenfalls haben wir Mitglieder mit Berufserfahrung in der Unterstützungsarbeit.
Die Deckung ist von der Besetzung der Schichten abhängig. Unser Team besteht aus weiblich sowie männlich gelesenen Personen.

Weitere Hinweise und Organisatorisches:

Rollen und weitere Aufgaben:
Das Awareness-Team ist schichtweise im Einsatz. Jede Schicht dauert zwei Stunden und ist idealerweise von 4 Personen gedeckt, wobei zwei der vier Mitglieder die Schichtleitung übernehmen. Es wird den Mitgliedern des Awareness-Teams empfohlen nach jeder Zwei-Stunden-Schicht für die Dauer der Folgesicht (2 Stunden) eine Pause zu machen. Sollten die Mitglieder entscheiden die Folgeschicht nicht zu pausieren, dann ist es Pflicht spätestens nach der 2. Schicht (nach 4 Stunden Einsatz) eine Pause einzulegen. In den Schichten besteht die Möglichkeit für interessierte ungeschulte Mitglieder, dass diese als Buddy hospitieren können, insofern ein diensthabendes Mitglied dies will und zulässt. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass die Hospitation bei Gesprächen und anderen Aufgaben nur möglich ist, wenn die betroffene Person in die Anwesenheit von Buddy-Personen einwilligt.
Die Schichtleitungen übernehmen auch die Dokumentation in den Schichten sowie die Übergabe mit dem Awareness-Team in der Folgeschicht.
Vorkommnisse werden anonymisiert (für ausübende sowie betroffene Person) und beschreibend aus der Betroffenenperspektive inkl. den ergriffenen Maßnahmen dokumentiert. Entsprechend sind persönliche Wertungen zu unterlassen. Mit dieser Dokumentation soll im Nachgang des Parteitags ein Bericht für den Stadtvorstand verfasst werden.

Erkennbarkeit und Ausweisung:
Die sich im Einsatz befindenden Personen des Awareness-Teams werden über die Schichtdauer hinweg über Westen/Textilsticker auf der Kleidung gekennzeichnet sein.
Ein Auszug aus dem Awareness-Konzept über das Selbstverständnis und die Arbeitsweise und eine Beschreibung, wo sich die Anlaufstelle bei Fragen oder Vorkommnissen befindet, (Awareness-Tisch im Saal sowie Ruhe-Raum) wird in den Räumen des Stadtparteitags ausgehängt, um die Auffindbarkeit klar- und sicherzustellen. Es gibt ein Awareness-Telefon. Die Nummer wird zusätzlich und insbesondere in den Sanitär- und Toilettenräumen ausgehängt. Generell müssen immer zwei diensthabende Personen des Awareness-Teams am Awareness-Tisch verfügbar sein. Entsprechend sind Pausen innerhalb des Teams abzusprechen und wenn möglich zurückzustellen, wenn durch aktive Unterstützungsarbeit/ Gespräche mit Betroffenen die Besetzung nur noch durch eine Person gegeben ist.

Kommunikation und Dokumentation:
Für die Zeit der Vorbereitung und des Einsatzes des Stadtparteitags wird eine Signalgruppe mit den teilnehmenden Menschen im Awareness-Team eingerichtet. Am Morgen vor den Parteitag (Samstag, der 06.09.25) trifft sich das Awareness-Team der 1. Schicht und bespricht erneut alle Arbeitsweisen und Vorgehensweisen, wie hier beschrieben, begeht die Räumlichkeiten (wenn möglich) und klärt finale Fragen und bespricht final den Schichtplan. Dieses Briefing gibt die Schichtleitung der Folgeschicht bei der Übergabe mit. Zudem wird das Awareness-Konzept gedruckt am Awareness-Tisch vorliegen. Ebenso gibt es teaminterne Schnellübersichten über die Arbeitsweise sowie die Grenzen der Awareness-Arbeit. Die Dokumentation erfolgt über einen Laptop. Dieser wird von der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt und erhält ein gesondertes Passwort, welches nur den Mitgliedern des Awareness-Teams bekannt ist. Für die Dokumentation wird es eine Vorlage geben. Am Ende des Parteitages wird die Dokumentation auf einem Stick gesichert und vom Laptop gelöscht, um versehentliche sowie absichtliche Dateneinsichten zu verhindern.

Quellen:

https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/ausserordentlicher-parteitag-zur-bundestagswahl-2025/awarenesskonzept/ (10.07.25)
https://ddhf.de/wp-content/uploads/2022/05/Leitfaden-Awareness-Team.pdf (05.04.2025)
https://awareness-institut.net/standards-grundlagen-von-awareness/ (04.07.25)
https://drive.google.com/file/d/1cKfpXW3kE2C3d9aVQHMRZqGA8wm86h8k/view (09.03.25)
https://www.die-linke.de/partei/leitfaden/ (31.07.25)